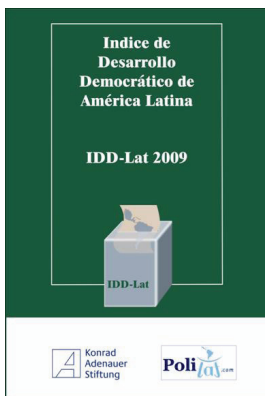


DEMOKRATIE-INDEX
LATEINAMERIKA 2009



CHILE, COSTA RICA UND URUGUAY – KONTINUITÄT
AN DER SPITZE DER DEMOKRATIE-ENTWICKLUNG IN
LATEINAMERIKA

3. Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen.....	30
Anmerkungen und Referenzen	43



Web-Seite:
www.idd-lat.org

Informationen:
info@idd-lat.org

Interviews:

Polilat.com
(0054 911) 5008 3942
(0054 911) 5410 4743

Konrad-Adenauer-
Stiftung e.V.
Länderbüro Argentinien:
(0054 11) 4326 2552

Vorwort

In der achten Ausgabe des Indexes demokratischer Entwicklung in Lateinamerika IDD-Lat 2009 untersuchen und bewerten Polilat.com und die Konrad-Adenauer-Stiftung die Verhaltensweisen von Gesellschaften, Eliten und demokratischen Institutionen in 18 Ländern des Kontinents.

Lateinamerika ist weiterhin auf der Suche nach einem eigenen Weg der Demokratie im Rahmen der schweren, Mitte 2008 ausgebrochenen internationalen Krise. Diese Situation hat nicht nur das Fundament des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems erschüttert und das ethische und moralische Modell des wirtschaftlichen Fortschritts in Frage gestellt, sondern hat auch ernsthafte Schwierigkeiten für die Entwicklung der Region gebracht und die bestehende Ungleichheit weiter verschärft.

IDD-Lat misst das demokratische Verhalten der Region in einem geschlossenen, aus den 18 bewerteten Ländern bestehenden Universum. Darin spiegeln sich die Auswirkungen der Krise nicht zahlenmäßig wider, da sich bestimmte Wirtschafts- und Sozialindikatoren blockmäßig verlagern.

Über die Eindeutigkeit der Indikatoren hinaus hat die internationale Krise der lateinamerikanischen Führungselite erneut vor Augen geführt, wie dringend es ist, die weiterhin bestehenden Probleme bei den demokratischen Institutionen und dem Aufbau zivilgesellschaftlichen Strukturen einer Lösung zuzuführen.

Aus diesem Grunde enthält der Bericht 2009 ein Kapitel, das das Defizit an Strukturen einer Bürgergesellschaft und die Notwendigkeit entsprechender staatlicher Politik zum Aufbau tatsächlicher Bürgergesellschaften näher analysiert.

Auch in diesem Jahr steht die Demokratie in den Regionen vor zahlreichen und vielfältigen Schwierigkeiten. Die einzelnen Berichte sollen deswegen von einer qualitativen Analyse begleitet werden, um den so aufgezeigten Problemen eine langfristige und konsequente Politik entgegensetzen zu können.

Dabei steht die regionale politische Elite vor einem Dilemma, auf das hier hingewiesen werden soll: Wie können zivilgesellschaftliche Strukturen und Institutionen hoher Qualität mit Bürgern aufgebaut werden, die zwar ihre Rechte einfordern aber wenig gewillt sind, ihren Pflichten nachzukommen und noch weniger geneigt scheinen, ihre Vision und ihre Verantwortlichkeiten mit anderen Personen zu teilen?

Die Entwicklung einer erfolgreichen demokratischen Kultur, welche die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche, soziale und menschliche Weiterentwicklung schafft und Bürger hervorbringt, die ihre Rechte ausüben, sozialverantwortlich ihren Pflichten nachkommen und gewillt sind als Gemeinschaft zu handeln, stellt weiterhin eine der großen Herausforderungen für einen Großteil der lateinamerikanischen politischen Führung dar. Solange dies aber nicht geschieht, sind die Bedrohungen der demokratischen Regierungsfähigkeit weiter in der Region präsent und erzeugen Nischen von Autoritarismus Populismus, Klientelismus, die die Gesellschaften zersplittern und die Säulen der Demokratie erschüttern.

Ein aktuelles Beispiel liefert in diesen Tagen Honduras. Hier zeigt sich die Unfähigkeit der Demokratie in der Region in aller Deutlichkeit, solche Prozesse mit den Instrumenten demokratischer Institutionen zu überwinden.

Um Schwierigkeiten dieser Art vorzubeugen, bedarf es zum Aufbau bürgergesellschaftlicher Strukturen zur Entwicklung der Region folgender Korrekturen:

- Verhinderung von Ausgrenzung und Marginalisierung;
- Aufwertung der staatsbürgerlichen Werte, die zu einer auf Gleichheit und menschliche Entwicklung setzenden Demokratie führen;
- Weiterentwicklung des demokratischen Prozesses durch Überzeugungsarbeit und Konsenssuche;
- Konsolidierung eines starken politischen Systems mit Parteien und Eliten, die als demokratisches Vorbild handeln;
- Wiederaufbau eines Bildungssystems, das Chancengleichheit insbesondere für Schichten mit niedrigem Einkommen sichert;
- Einsatz von Technologie zur Konsolidierung neuer pluraler bürgerlicher Gesellschaftsstrukturen;
- Aufbau neuer Formen der Beteiligung, die die Staatsführung und ihre Weisungen in der täglichen Ausübung der Regierungsarbeit legitimieren.

Im Demokratiebericht IDD-Lat-Bericht 2009 drücken sich qualitativ und quantitativ die Unterschiede aus, die sich jedes Jahr zwischen einer ersten Gruppe von Ländern, die trotz aller Schwierigkeiten bemüht ist, ihre Institutionen zu konsolidieren, die Ausübung von Rechten und Freiheiten zu sichern und Räume der menschlichen Entwicklung aufzubauen, und einer zweiten Gruppe, die weiterhin darauf beharrt, Wege zu erkunden, die von den Institutionen abweichen, Rechte und Freiheiten zu beschneiden und die sozioökonomische Entwicklung zu hemmen.

Mit dem Ausbruch der globalen Krise in der Region scheint Ende 2008 ein positiver Zyklus zu Enge gegangen zu sein, in dem die Armut und ansatzweise auch die manifeste Ungleichheit zurückgefahren werden konnte. Das Ende des Wohlstandszyklus schlägt sich in der Verschlechterung bestimmter Kennzahlen nieder. Sorge bereitet vor allem auch die Auswirkung auf Arbeitslosigkeit und Armut, die die Krise in einem guten Teil der lateinamerikanischen Wirtschaft auslösen kann.

Zudem lässt die Errichtung von Handelsbarrieren und Marktrestriktionen Spannungen im Inneren der Länder und zwischen Nachbarländern aufkommen, die neue und besorgniserregende Herausforderungen für die regionale demokratische Entwicklung bedeuten.

Die Ergebnisse 2009 des Indexes zeigen erneut eine große Schwankungsbreite im Verhalten der einzelnen Länder. Nur 17% der Länder weisen einen hohen Entwicklungsgrad auf. Rund 28% erreichen das Mittelfeld und die übrigen 55% liegen im Bereich niedriger demokratischer Entwicklung. Viel wichtiger allerdings als die im IDD-Lat erzielte Gesamtwertung ist jedoch die Analyse, wie sich die einzelnen Indikatoren des Indexes verhalten. Aus dieser Analyse ergeben sich die Möglichkeiten der einzelnen Länder, eine bessere Lebensqualität und mehr demokratische Entwicklung zu erreichen.

Christoph Korneli
Konrad Adenauer Stiftung

Jorge Arias
Polilat.com

ROAD MAP

IDD-Lat:	Índice de Desarrollo Democrático de América Latina (Index über die Demokratische Entwicklung in Lateinamerika)
Länder	Die Messung des IDD-Lat umfasst 18 Länder Lateinamerikas. Geographisch von Süden nach Norden geordnet sind dies: Argentinien, Chile, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien, Venezuela, Panama, Costa Rica, Nicaragua, El Salvador, Honduras, Guatemala, Mexiko und die Dominikanische Republik.
Dimensionen	Der IDD-Lat wird auf der Grundlage von vier Dimensionen der demokratischen Entwicklung erstellt.
Dimension I	Grundvoraussetzungen der Demokratie: Diese Dimension wurde nur bei der Aufnahme der Länder in den IDD-Lat berücksichtigt. Sämtliche in den Index aufgenommenen Länder erfüllen diese Voraussetzung.
Dimension II	Achtung der politischen Rechte und der Bürgerfreiheiten. Beinhaltet: politische Beteiligung {(Wahlbeteiligung – (leer abgegebene Stimmzettel + ungültige Stimmen))}; Bewertung erfolgt in den Indizes Politische Rechte, Bürgerfreiheiten; Gender in der Regierung (Exekutive, Legislative, Judikative), Beschränkungen der Freiheiten und Rechte aufgrund der Unsicherheit.
Dimension III	Qualität der Institutionen und politische Effizienz. Bewertet die Wahrnehmung von Korruption, Vertretung der politischen Parteien im Parlament, (rechtliche, politische und soziale) Accountability, Destabilisierungsfaktor und Regierungskrise.
Dimension IV	Regierungsfähigkeit. Beinhaltet zwei Teildimensionen: 1. Kompetenz in der Umsetzung einer wohlstandssichernden Politik. Beinhaltet: Gesundheitswesen (Kindersterblichkeit; Gesundheitshaushalt in % des BIP), Städtische Arbeitslosigkeit, Haushalte unter der Armutsgrenze, Bildungswesen (Schülerzahl an Sekundarschulen, Bildungshaushalt in % des BIP). 2. Kompetenz in der Umsetzung einer die Wirtschaftsleistung fördernden Politik. Beinhaltet Bewertungen über die Indizes Wirtschaftsfreiheit, Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung, Kaufkraftparität der Preise (PPP), Einkommensgefälle (Verhältnis zwischen dem Fünftel der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen und dem Fünftel mit den niedrigsten Einkommen), Verschuldung (% der Verschuldung im Verhältnis zum BIP), Investitionen (Bruttofestanlagen / BIP).
Quellen	Im Wesentlichen multilaterale Institutionen (Weltbank, Interamerikanische Entwicklungsbank, CEPAL, IPU usw.) eigene Ausarbeitungen und private Quellen mit breitem öffentlichen Zugang. Die Quellen können unter www.idd-lat.org nachgesehen werden.
Angaben	Die zur Verfügung stehenden Daten wurden im Dezember 2008 erhoben.
Bereich	Die einzelnen Dimensionen und ihre verschiedenen Komponenten werden auf einer Skala von 0 bis 10 bewertet. Die höchste Punktzahl bekommt das Land mit der jeweils besten Leistung. Die übrigen Länder erhalten eine dazu im Verhältnis stehende Punktzahl.
Methode	Siehe www.idd-lat.org

1. TENDENZEN IN DER DEMOKRATISCHEN ENTWICKLUNG DER REGION

Die Region konnte sich im Durchschnitt erneut verbessern, und zwar um gut 1%. Dabei hielten sich wiederum die Länder, die sich verbessern konnten, die Waage mit denjenigen, die sich verschlechtert haben.

Keine Verbesserung gegenüber 2008 zeigten Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Paraguay.

Zulegen konnten dagegen Argentinien, Chile, Ecuador, Mexiko, Panama, Peru, Dominikanische Republik, Uruguay und Venezuela.

Ranking 2009	
Land	Punktzahl
Chile	10,000
Costa Rica	9,696
Uruguay	9,262
Panamá	7,191
México	6,490
Argentina	5,852
Perú	5,587
Brasil	4,514
Colombia	4,053
Paraguay	3,860
Honduras	3,859
Nicaragua	3,795
R. Dominicana	3,677
Venezuela	3,591
El Salvador	3,490
Ecuador	3,484
Guatemala	3,284
Bolivia	2,593

Einen hohen demokratischen Entwicklungsstand weisen weiterhin Chile, Costa Rica und Uruguay auf. Diese Gruppe Länder stellt jedoch lediglich 17% aller Länder da. Damit setzt sich eine Konstante der letzten sieben Jahre fort.

Von allen analysierten Ländern übersteigen nur sieben Länder den regionalen Durchschnitt (5,238). Dabei handelt es sich um Argentinien, Costa Rica, Chile, Mexiko, Panama, Peru und Uruguay.

Chile nimmt dieses Jahr erneut den ersten Platz ein und verweist Costa Rica wieder auf den zweiten Rang.

Besonders verbessern konnte sich Ecuador. Allerdings liegt das Land immer noch weit zurück. Peru steigt weiter auf und liegt bereits über dem Durchschnitt der Region. Besonders stark verschlechtert hat sich El Salvador.

Die Verbesserungen und Verschlechterungen haben sich in allen Dimensionen unterschiedlich stark bemerkbar gemacht. Verbessern konnten sich die Wertungen bei zivilen Rechten und politischen Freiheiten mit Ausnahme von Brasilien, Chile, Guatemala, Peru und Venezuela.

Was die Qualität der Institutionen angeht, so überwiegen die Verschlechterungen, wobei der Durchschnitt ebenfalls niedriger ausgefallen ist. Nur sechs Länder konnten ihre Bewertung verbessern: Ecuador, Nicaragua, Panama, Peru, die Dominikanische Republik und Uruguay.

die Dominikanische Republik und Uruguay.

Eine gleichmäßige Entwicklung weist die sozioökonomische Dimension auf. In der Teildimension, die die Entwicklung der Wirtschaft misst, konnte sich die Hälfte der Länder verbessern. Nicht gelungen ist es Argentinien, Brasilien, Costa Rica, Guatemala, El Salvador, Nicaragua, Paraguay, der Dominikanischen Republik und Uruguay. Panama, Peru und die Dominikanische Republik konnten stark zulegen. Was die sozialen Aspekte anbelangt, so konnten sich zehn Länder verbessern: Ecuador, El Salvador, Guatemala, Mexiko, Panama, Paraguay, Peru, die Dominikanische Republik, Uruguay und Venezuela.

1.1. Demokratischer Entwicklungsstand

IDD-Lat stuft die 18 Länder nach ihrem demokratischen Entwicklungsgrad in Länder mit hohem Entwicklungsstand (über 7.5 Punkte), mit mittlerem Entwicklungsgrad (4.5 bis 7.5) und mit niedrigem Entwicklungsstand (1.0 bis 4.5) ein. Dabei gehören zu der ersten Gruppe Costa Rica, Chile und Uruguay.

Die Gruppe Länder mit mittlerem Entwicklungsstand besteht aus Argentinien, Brasilien, Mexiko, Panama und Peru.

Zu der dritten Gruppe gehören Bolivien, Kolumbien, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Paraguay, Dominikanische Republik und Venezuela.



Ecuador gelang es, seine Gesamtbewertung um über 30% zu verbessern. Allerdings befindet sich das Land weiterhin in der Gruppe der demokratisch nur wenig entwickelten Länder.

Um ca. 10% konnten sich Panama, Peru und Venezuela verbessern.

1.2. Entwicklungstendenzen in den einzelnen Ländern von 2002 bis heute

Land	Wert 2002	Wert 2003	Wert 2004	Wert 2005	Wert 2006	Wert 2007	Wert 2008	Wert 2009
Argentinien	5,247	3,900	3,918	4,337	5,330	6,123	5,731	5,852
Bolivien	4,150	2,883	3,343	3,528	2,726	3,281	2,843	2,593
Brasilien	3,932	5,028	3,348	3,820	4,468	4,582	4,520	4,514
Kolumbien	5,254	4,218	3,054	2,993	4,362	4,778	4,660	4,053
Costa Rica	8,575	7,847	8,633	8,510	9,704	9,706	10,321	9,696
Chile	8,757	10,031	10,242	10,435	10,796	10,360	9,670	10,000
Ecuador	1,694	2,376	3,122	3,658	2,237	3,206	2,521	3,484
El Salvador	5,544	6,273	4,452	5,053	4,718	3,967	4,184	3,490
Guatemala	3,992	2,928	3,884	1,648	3,834	3,502	3,444	3,284
Honduras	3,107	4,098	4,142	4,332	4,431	4,780	4,408	3,859
Mexiko	6,340	6,623	6,136	5,522	5,917	5,566	6,135	6,490
Nicaragua	2,963	4,230	3,614	4,032	3,151	2,730	3,860	3,795
Panama	8,309	8,028	6,914	6,918	6,828	6,452	6,503	7,191
Paraguay	2,255	3,214	1,689	4,493	3,745	3,880	3,861	3,860
Peru	4,352	3,602	3,688	3,126	3,590	4,107	5,020	5,587
Domin. Rep.			4,631	3,823	4,187	2,900	3,577	3,677
Uruguay	9,736	9,766	7,517	8,355	8,397	9,384	8,717	9,262
Venezuela	2,243	2,811	1,552	2,581	2,720	2,848	3,258	3,591
Durchschnitt	4,803	4,881	4,660	4,842	5,063	5,120	5,180	5,238

1.3. Schlussfolgerungen

- Die im Demokratieindex IDD-Lat 2009 beschriebene Entwicklung von 2008 setzt sich weiter fort. Auch 2008 hatten sich genauso wie in diesem Jahr neun Länder verschlechtert.
- Weiterhin liegen nur wenige Länder über dem Durchschnitt der Region (lediglich sieben) und nur drei davon (17%) zeichnen sich durch einen hohen demokratischen Entwicklungsstand aus.
- Besonders stark (mehr als die Hälfte) vertreten sind Länder mit niedrigem demokratischem Entwicklungsstand.
- Beinahe unverändert ist die Zahl der Länder mit mittlerer demokratischer Entwicklung. Allerdings hat sich die Zusammensetzung der Gruppe geändert. Nicht mehr dabei sind Kolumbien und Honduras, die in die Gruppe der Länder mit niedrigem demokratischem Entwicklungsstand abgestiegen sind. Weiterhin dabei sind Argentinien, Brasilien, Mexiko und Panama. Neu hinzugekommen ist Peru.
- Interessant ist dabei, dass die Länder jeweils aus aktuellen Umständen heraus eher zufällig auf- oder absteigen. Ein konstantes Verhalten weisen lediglich die drei Länder mit hohem Entwicklungsstand auf.

2. DURCHSCHNITTLICHES VERHALTEN DER EINZELNEN INDIKATOREN

Der Durchschnittswert der Region (5,238) ist wiederum leicht angestiegen und bestätigt den seit 2003 anhaltenden Trend. Die Verbesserung erklärt sich einerseits aus den methodischen Vorgaben der Arbeit, welche die Indikatoren der Region mitteln, und andererseits aus den verbesserten Werten von Ecuador, Panama und Peru und in geringerem Maße aus den Werten von Argentinien, Chile, Mexiko, der Dominikanischen Republik, Uruguay und Venezuela.

Der Index der demokratischen Entwicklung konnte sich besonders in der Andenregion und im MERCOSUR verbessern (siehe Karte). Dagegen lässt sich in Mittelamerika insgesamt keine Verbesserung feststellen.

Die Länder, die 2008 überdurchschnittliche Werte auswiesen, liegen auch in diesem Jahr wieder über dem Durchschnitt (Argentinien, Chile, Costa Rica, Mexiko, Panama und Uruguay). Neu hinzugekommen ist in diesem Jahr Peru. Diese Gruppe vereinigt lediglich 40% aller bewerteten Länder auf sich.

Eine Analyse der einzelnen Dimensionen in den verschiedenen Ländern ergibt eine durchschnittliche Verbesserung der Dimension Politische Rechte und Bürgerfreiheiten um über 6% gegenüber dem 2008 erreichten Wert; bei Qualität der Institutionen und Politische Effizienz brach der Index dagegen um über 5% ein. Die Durchschnittswerte der wirtschaftlichen und sozialen Teildimensionen konnten ebenfalls um 5% bzw. 4% in Folge einer allgemeinen Verbesserung der einschlägigen Indikatoren zulegen.

Eine besonders positive Entwicklung gegenüber dem Vorjahr weist Ecuador aus (paradoxe Weise hatte sich das Land 2008 am meisten verschlechtert). Hier betrug die Verbesserung über 30% (2,521 in 2008 und 3,484 in 2009). Dabei bleibt das Land weiterhin in der Gruppe Länder mit geringer demokratischer Entwicklung eingestuft. Besonders negativ verhielten sich die Indikatoren El Salvadors mit einem Rückgang um 16% (4,184 in 2008 gegenüber 3,490 in 2009). Diese Verschlechterung ändert nichts an der Einstufung des Landes in die Gruppe mit niedrigem demokratischem Entwicklungsstand. Der Gesamtwert des Landes liegt ebenfalls unter dem Durchschnitt der Region.

2.1 Erreichte Punktzahl und Gewichtung der einzelnen Dimensionen des IDD-Lat¹

Rangfolge des IDD-Lat 2009

Land	Punktzahl
1. Chile	10,000
2. Costa Rica	9,696
3. Uruguay	9,262
4. Panama	7,191
5. Mexiko	6,490
6. Argentinien	5,852
7. Peru	5,587
8. Brasilien	4,514
9. Kolumbien	4,053
10. Paraguay	3,860
11. Honduras	3,859
12. Nicaragua	3,795
13. Domin. Rep.	3,677
14. Venezuela	3,591
15. El Salvador	3,490
16. Ecuador	3,484
17. Guatemala	3,284
18. Bolivien	2,593

Entwicklung des IDD-Lat 2002-2009

Land	IDD-LAT 2002	IDD-LAT 2003	IDD-LAT 2004	IDD-LAT 2005	IDD-LAT 2006	IDD-LAT 2007	IDD-LAT 2008	IDD-LAT 2009
Argentinien	5,247	3,900	3,918	4,337	5,330	6,123	5,731	5,852
Bolivien	4,150	2,883	3,343	3,528	2,726	3,281	2,843	2,593
Brasilien	3,932	5,028	3,348	3,820	4,468	4,582	4,520	4,514
Kolumbien	5,254	4,218	3,054	2,993	4,362	4,778	4,660	4,053
Costa Rica	8,575	7,847	8,633	8,510	9,704	9,706	10,321	9,696
Chile	8,757	10,031	10,242	10,435	10,796	10,360	9,670	10,000
Ecuador	1,694	2,376	3,122	3,658	2,237	3,206	2,521	3,484
El Salvador	5,544	6,273	4,452	5,053	4,718	3,967	4,184	3,490
Guatemala	3,992	2,928	3,884	1,648	3,834	3,502	3,444	3,284
Honduras	3,107	4,098	4,142	4,332	4,431	4,780	4,408	3,859
Mexiko	6,340	6,623	6,136	5,522	5,917	5,566	6,135	6,490
Nicaragua	2,963	4,230	3,614	4,032	3,151	2,730	3,860	3,795
Panama	8,309	8,028	6,914	6,918	6,828	6,452	6,503	7,191
Paraguay	2,255	3,214	1,689	4,493	3,745	3,880	3,861	3,860
Peru	4,352	3,602	3,688	3,126	3,590	4,107	5,020	5,587
Domin. Rep.			4,631	3,823	4,187	2,900	3,577	3,677
Uruguay	9,736	9,766	7,517	8,355	8,397	9,384	8,717	9,262
Venezuela	2,243	2,811	1,552	2,581	2,720	2,848	3,258	3,591

¹ Mit Ausnahme der Rangfolge sind ab dieser Ausgabe die Länder nach ihren spanischen Namen alphabetisch geordnet.

2.2 Übersicht der Dimensionen und Berechnung des IDD-LAT 2009

Land	Index Dimension II	Index Dimension III	Index Soziale Daten	Index Wirtschaftsdaten	IDD-LAT 2009
Argentinien	7,273	3,255	1,007	0,232	5,852
Bolivien	4,963	2,861	-0,699	-1,912	2,593
Brasilien	4,605	4,039	0,333	0,100	4,514
Kolumbien	3,934	4,516	-0,264	-0,038	4,053
Costa Rica	8,817	7,821	2,584	0,275	9,696
Chile	8,965	8,140	1,693	1,309	10,000
Ecuador	4,141	4,193	-1,047	-0,282	3,484
El Salvador	3,749	4,125	-0,446	-0,409	3,490
Guatemala	3,122	4,173	-0,717	0,025	3,284
Honduras	4,808	3,894	-0,326	-0,616	3,859
Mexiko	5,195	4,702	1,012	2,140	6,490
Nicaragua	4,916	4,480	-0,653	-1,112	3,795
Panama	6,368	7,408	0,521	0,162	7,191
Paraguay	4,287	5,057	-0,745	-0,838	3,860
Peru	5,334	6,631	-0,874	0,142	5,587
Domin. Rep.	5,267	4,783	-1,497	-1,159	3,677
Uruguay	8,797	8,591	0,756	0,479	9,262
Venezuela	2,818	3,206	-0,305	1,502	3,591

2.3 Veränderung der Kennzahlen nach Ländern aufgeschlüsselt

Land	Politische Beteiligung	Politische Rechte	Bürgerrechte	Unsicherheitsbedingte Besch. Freiheit und Rechte	Gender	Wahrnehmung der Korruption	Vertretung politischer Parteien im Parlament	Accountability	Destabilisierung	Demokratische Anomie
Argentinien	=	=	=	=	↑	↑	=	↓↓↓	=	=
Bolivien	=	=	=	↑↑↑	↑	↑↑	=	↑	=	=
Brasilien	=	=	=	↓	↓↓↓	↑	=	↑	↑↑↑	↑↑↑
Kolumbien	=	=	↓	↑	=	↑	=	↑	↓↓↓	↓↓↓
Costa Rica	=	=	=	↓	↑↑↑	↑	=	↓↓↓	=	=
Chile	=	=	=	↓	↓	=	=	↑	↓↓↓	=
Ecuador	=	=	=	↓	↑	↓↓↓	↑↑↑	↓↓↓	↑↑↑	↑↑↑
El Salvador	=	=	=	↑	↑↑↑	↓	=	↓↓↓	↑↑↑	=
Guatemala	=	=	=	↑	↓	↑↑↑	=	↓↓↓	↓↓↓	=
Honduras	=	=	=	↑↑↑	↑	↑	=	↓↓↓	↓↓↓	=
Mexiko	=	=	=	↓	↓	↑	=	↓↓↓	↑↑↑	=
Nicaragua	=	↓	=	↑	↑	↓	=	↓↓↓	↑↑↑	=
Panama	=	=	=	↓	↓	↑	=	↓↓↓	↑↑↑	=
Paraguay	↓	=	=	↓	↑↑↑	↑	=	↑	↑↑↑	=
Peru	=	=	=	↓↓↓	↓	↑	=	↑↑↑	↑↑↑	=
Rep. Dominicana	↑↑↑	=	=	↑↑↑	↑	↑	=	↓↓↓	↑↑↑	=
Uruguay	=	=	=	↓↓↓	↓	↑	=	↑↑↑	=	=
Venezuela	=	=	=	↓	↓	↓	↑↑↑	↓↓↓	↑↑↑	=

NOTA: Im Vergleich zum jeweiligen Wert 2008
 ↑ Leichte Verbesserung ↑↑↑ Starke Verbesserung ↓ Leichter Verschlechterung = Keine Veränderung
 ↓ Leichte Verschlechterung ↓↓↓ Starke Verschlechterung

2.3 Veränderungen der Kennzahlen nach Ländern aufgeschlüsselt (Fortsetzung)

Land	Wirtschafts- freiheit	Pro-Kopf- Einkommen	Einkommens- gefälle	Verschuldung	Investitionen	Kindersterb- lichkeit	Gesundheits- etat in % BIP	Städtische Arbeitslosigkeit	Haushalte unter der Armutsgrenze	Schüler an weiterführenden Schulen	Bildungsetat in % BSP
Argentinien	↓	↑↑↑	=	↑	↓	↓	=	↑	=	=	=
Bolivien	↑	↑↑↑	↑↑↑	↑↑↑	↑↑↑	↓↓↓	↑	↑↑↑	↑↑↑	=	=
Brasilien	↑	↑↑↑	↑	↑	↑	↑↑↑	=	↑↑↑	↑	=	=
Kolumbien	↑	↑	=	↑	↑↑↑	↑↑↑	=	↑↑↑	↑	=	↑
Costa Rica	↑	↑	↓	↓	↓	↓↓↓	=	↓↓↓	↑	=	↑
Chile	↓	↑	=	↓	↑↑↑	↑	=	↓	=	=	=
Ecuador	↓	↑↑↑	↑↑↑	↑	↑↑↑	↑	=	↑↑↑	↑	=	↑
El Salvador	↑	↑	=	↑	↑	↑	=	↑	↑↑↑	↑↑↑	=
Guatemala	↓	↑	↓↓↓	↑	↑	↓↓↓	=	=	↑	=	↑
Honduras	↓	↑	↑	↑↑↑	↑	↑	=	=	↑↑↑	=	=
Mexiko	↓	↑	=	↑	↑	↑↑↑	=	=	↑↑↑	=	↑
Nicaragua	↓	↑	↑↑↑	↑↑↑	↓	↓↓↓	=	=	↑↑↑	↑	↑
Panama	↑	↑↑↑	↑	↓	↑↑↑	↑	=	↑↑↑	↑↑↑	=	=
Paraguay	↑	↑	↓	↑↑↑	↓	↑↑↑	=	↑↑↑	=	↓	↑
Peru	↑	↑↑↑	=	↓	↑↑↑	↑↑↑	=	↑↑↑	↑↑↑	↑	↑
Rep. Dominicana	↑	↑	↑	=	↓	↓	=	↑↑↑	↑	=	↓
Uruguay	↑	↑↑↑	↓	↑	↓↓↓	↑	=	↑↑↑	↑	=	↓
Venezuela	↓	↑	↑	↑	↑↑↑	↑↑↑	=	↑↑↑	=	=	↑

NOTA: Im Vergleich zum jeweiligen Wert 2008
 ↑ Leichte Verbesserung ↑↑↑ Starke Verbesserung ↓ Leichter Verschlechterung ↓↓↓ Starke Verschlechterung = Keine Veränderung

2.4. Dimension II: Achtung der politischen Rechte und der bürgerlichen Freiheiten

Rangfolge der Dimension II

	Land	Punkt- zahl	Land	Index 2002	Index 2003	Index 2004	Index 2005	Index 2006	Index 2007	Index 2008	Index 2009
1.	Chile	8,965	Argentinien	5,455	4,806	5,275	4,560	5,252	5,673	6,162	7,273
2.	Costa Rica	8,817	Bolivien	6,216	4,414	3,993	3,861	4,455	4,464	4,599	4,963
3.	Uruguay	8,797	Brasilien	3,791	4,291	3,883	4,010	4,494	4,548	4,613	4,605
4.	Argentinien	7,273	Kolumbien	5,465	3,636	3,582	2,523	3,970	4,376	3,862	3,934
5.	Panama	6,368	Costa Rica	8,146	7,732	7,151	6,175	7,717	7,879	7,903	8,817
6.	Peru	5,334	Chile	5,061	7,382	8,894	8,217	8,386	8,757	9,147	8,965
7.	Domin. Rep.	5,267	Ecuador	4,311	4,108	3,154	3,138	3,250	3,900	4,007	4,141
8.	Mexiko	5,195	El Salvador	4,850	5,040	3,889	3,743	4,646	3,804	3,445	3,749
9.	Bolivien	4,963	Guatemala	3,366	2,992	2,406	2,414	3,192	3,391	3,250	3,122
10.	Nicaragua	4,916	Honduras	4,789	5,788	4,682	4,719	4,682	4,579	4,624	4,808
11.	Honduras	4,808	Mexiko	4,897	5,326	4,708	3,452	4,162	4,511	4,663	5,195
12.	Brasilien	4,605	Nicaragua	4,054	5,232	4,958	4,441	4,634	4,476	4,519	4,916
13.	Paraguay	4,287	Panama	7,594	7,558	4,320	5,714	6,125	6,327	6,062	6,368
14.	Ecuador	4,141	Paraguay	3,779	3,572	3,543	3,979	4,049	4,039	3,627	4,287
15.	Kolumbien	3,934	Peru	6,701	4,606	3,832	3,582	3,737	5,030	5,367	5,334
16.	El Salvador	3,749	Domin. Rep.			4,625	3,783	4,554	4,301	4,594	5,267
17.	Guatemala	3,122	Uruguay	8,112	7,904	6,734	7,000	7,106	8,177	8,127	8,797
18.	Venezuela	2,818	Venezuela	3,129	4,088	3,033	3,068	2,894	2,929	3,013	2,818

Entwicklung der Dimension II 2002 – 2009

Anmerkungen und Referenzen siehe Seite 43ff.

2.4.1 Dimension II: Achtung der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten – Gewichtung

Land	Wahlbeteiligung ⁱ	Punktzahl im Index politische Rechte	Punktzahl im Index Bürgerfreiheiten	Gender in der Regierung	Unsicherheitsbedingte Beschränkung der Freiheiten und Rechte	Index Dimension II
Argentinien	8,433	5,000	5,000	8,445	9,488	7,273
Bolivien	9,100	3,333	3,333	5,982	3,067	4,963
Brasilien	7,831	5,000	5,000	3,512	1,684	4,605
Kolumbien	7,887	3,333	2,500	4,437	1,515	3,934
Costa Rica	7,783	10,000	10,000	9,792	6,510	8,817
Chile	8,846	10,000	10,000	5,979	10,000	8,965
Ecuador	6,133	3,333	3,333	5,380	2,525	4,141
El Salvador	2,455	5,000	3,333	6,928	1,027	3,749
Guatemala	5,672	3,333	2,500	2,951	1,155	3,122
Honduras	6,137	3,333	3,333	10,000	1,237	4,808
Mexiko	7,290	5,000	3,333	5,404	4,950	5,195
Nicaragua	8,224	2,500	3,333	6,509	4,013	4,916
Panama	8,605	10,000	5,000	4,093	4,143	6,368
Paraguay	7,198	3,333	3,333	4,995	2,577	4,287
Peru	8,414	5,000	3,333	5,159	4,762	5,334
Domin. Rep.	8,348	5,000	5,000	5,560	2,425	5,267
Uruguay	10,000	10,000	10,000	4,728	9,259	8,797
Venezuela	2,700	2,500	2,500	5,347	1,042	2,818

Anmerkungen und Referenzen siehe Seite 43ff.

2.4.2 Dimension II: Achtung der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten – Daten

Land	Wahlbeteiligung % ⁱ	Punktzahl im Index politische Rechte ⁱⁱⁱ	Punktzahl im Index Bürgerfreiheiten ^{iv}	Gender in der Registrierung (LEG, EXE und JUD) in % ^v	Unsicherheitsbeding. Beschränkung v. Freiheit u. Rechte ^{vi}
Argentinien	68,71%	2	2	32,85%	5,3
Bolivien	74,14%	3	3	23,27%	16,3
Brasilien	63,80%	2	2	13,66%	29,7
Kolumbien	47,12%	3	4	17,26%	33,0
Costa Rica	63,41%	1	1	38,09%	7,7
Chile	79,28%	1	1	23,26%	5,0
Ecuador	54,96%	3	3	20,93%	19,8
El Salvador	20,00%	2	3	26,95%	48,7
Guatemala	46,21%	3	4	11,48%	43,3
Honduras	50,00%	3	3	38,90%	40,4
Mexiko	59,39%	2	3	21,02%	10,1
Nicaragua	67,00%	4	3	25,32%	12,5
Panama	70,11%	1	2	15,92%	12,1
Paraguay	58,64%	3	3	19,43%	19,4
Peru	75,41%	2	3	20,07%	10,5
Rep. Dominicana	68,01%	2	2	21,63%	20,6
Uruguay	89,62%	1	1	18,39%	5,4
Venezuela	22,00%	4	4	20,80%	48,0

Anmerkungen und Referenzen siehe Seite 43ff.

2.5. Dimension III: Qualität der Institutionen und politische Effizienz

Rangfolge der Dimension III

	Land	Punkt- zahl
1.	Uruguay	8,591
2.	Chile	8,140
3.	Costa Rica	7,821
4.	Panama	7,408
5.	Peru	6,631
6.	Paraguay	5,057
7.	Domin. Rep.	4,783
8.	Mexiko	4,702
9.	Kolumbien	4,516
10.	Nicaragua	4,480
11.	Ecuador	4,193
12.	Guatemala	4,173
13.	El Salvador	4,125
14.	Brasilien	4,039
15.	Honduras	3,894
16.	Argentinien	3,255
17.	Venezuela	3,206
18.	Bolivien	2,861

Entwicklung der Dimension III 2002 – 2009

Land	Index 2002	Index 2003	Index 2004	Index 2005	Index 2006	Index 2007	Index 2008	Index 2009
Argentinien	2,950	1,370	3,231	3,459	3,709	4,793	3,165	3,255
Bolivien	3,030	3,087	2,446	4,734	2,981	3,498	3,055	2,861
Brasilien	3,830	5,083	3,904	3,720	4,553	4,387	3,561	4,039
Kolumbien	5,640	5,575	4,335	3,642	5,120	5,793	5,636	4,516
Costa Rica	6,500	5,250	6,740	6,337	7,737	7,593	8,325	7,821
Chile	10,000	10,000	9,167	8,644	9,316	8,281	7,094	8,140
Ecuador	2,710	3,587	5,035	5,759	2,900	3,708	3,345	4,193
El Salvador	6,200	7,383	6,829	6,750	5,743	5,009	5,564	4,125
Guatemala	5,960	3,667	3,301	2,349	4,761	3,880	4,770	4,173
Honduras	4,340	4,650	5,447	5,343	5,485	5,693	5,467	3,894
Mexiko	5,600	5,575	6,269	4,860	5,606	4,217	5,469	4,702
Nicaragua	4,550	5,833	5,467	5,199	3,579	3,290	4,629	4,480
Panama	8,100	7,875	8,750	7,816	6,557	6,793	7,176	7,408
Paraguay	1,470	3,953	6,276	5,843	5,413	5,130	5,628	5,057
Peru	3,070	3,833	3,617	3,449	4,346	4,615	5,962	6,631
Domin. Rep. ^{vii}			5,004	4,547	6,002	4,598	4,645	4,783
Uruguay	7,950	7,950	7,367	7,075	8,036	8,459	7,994	8,591
Venezuela	2,180	2,083	4,193	2,908	3,173	3,412	3,395	3,206

Anmerkungen und Referenzen siehe Seite 43ff.

2.5.1 Dimension III: Qualität der Institutionen und politische Effizienz - Gewichtung

Land	Punktzahl im Index Wahrnehmung von Korruption	Vertretung der politischen Parteien im Parlament	Accountability	Destabilisierungsfaktor	Index Dimension III
Argentinien	2,000	0,000	4,770	6,250	3,255
Bolivien	2,200	7,500	9,371	0,000	2,861
Brasilien	3,200	5,000	5,455	2,500	4,039
Kolumbien	3,800	10,000	6,906	1,875	4,516
Costa Rica	6,400	10,000	4,885	10,000	7,821
Chile	10,000	10,000	7,559	5,000	8,140
Ecuador	0,200	5,000	6,571	5,000	4,193
El Salvador	4,000	10,000	0,000	2,500	4,125
Guatemala	2,400	10,000	4,293	0,000	4,173
Honduras	1,400	10,000	4,175	0,000	3,894
Mexiko	3,400	10,000	3,534	1,875	4,702
Nicaragua	1,200	7,500	4,221	5,000	4,480
Panama	3,000	10,000	6,632	10,000	7,408
Paraguay	1,000	10,000	6,730	2,500	5,057
Peru	3,400	10,000	10,000	3,125	6,631
Domin. Rep.	2,200	7,500	3,180	6,250	4,783
Uruguay	10,000	7,500	6,863	10,000	8,591
Venezuela	0,000	10,000	1,572	1,250	3,206

Anmerkungen und Referenzen siehe Seite 43ff.

2.5.2. Dimension III: Qualität der Institutionen und politische Effizienz - Daten

Land	Punktzahl im Index Wahrnehmung von Korruption ^{viii}	Vertretung der poli- tischen Parteien im Parlament ^{ix} x	Accountability	Destabilisierungs- indikator ^{xi}	Regierungs- krisen (%) ^{xii}
Argentinien	2,90	0,000	6,030	6,250	
Bolivien	3,00	7,500	7,866	0,000	40,0%
Brasilien	3,50	5,000	6,304	2,500	
Kolumbien	3,80	10,000	6,883	1,875	20,0%
Costa Rica	5,10	10,000	6,076	10,000	
Chile	6,90	10,000	7,143	5,000	
Ecuador	2,00	5,000	6,749	5,000	
El Salvador	3,90	10,000	4,127	2,500	
Guatemala	3,10	10,000	5,840	0,000	
Honduras	2,60	10,000	5,793	0,000	
Mexiko	3,60	10,000	5,537	1,875	
Nicaragua	2,50	7,500	5,811	5,000	
Panama	3,40	10,000	6,773	10,000	
Paraguay	2,40	10,000	6,812	2,500	
Peru	3,60	10,000	8,117	3,125	
Domin. Rep.	3,00	7,500	5,396	6,250	
Uruguay	6,90	7,500	6,865	10,000	
Venezuela	1,90	10,000	4,754	1,250	

Anmerkungen und Referenzen siehe Seite 43ff.

2.5.3 Dimension III: Qualität der Institutionen und politische Effizienz – Accountability

Land	Rechtspolitische Accountability			Soziale Accountability			Durchschnitt	Accountability
	Ernennung der obersten Richter ^{xiii}	Mechanismen direkter Demokratie ^{xiv}	Ombudsmann ^{xv}	Durchschnitt	Ausübung von Pressefreiheit ^{xvi}	Zugang zu öffentlicher Information ^{xvii}		
Argentinien	5,000	5,000	5,910	5,303	5,272	5,000	10,000	6,030
Bolivien	5,000	10,000	6,602	7,201	5,595	10,000	10,000	7,866
Brasilien	10,000	5,000	3,560	6,187	4,262	5,000	10,000	6,304
Kolumbien	5,000	5,000	7,185	5,728	4,110	10,000	10,000	6,883
Costa Rica	5,000	5,000	6,456	5,485	10,000	5,000	5,000	6,076
Chile	10,000	5,000	1,250	5,417	6,609	10,000	10,000	7,143
Ecuador	0,000	10,000	10,000	6,667	5,492	10,000	5,000	6,749
El Salvador	5,000	5,000	5,000	5,000	4,762	0,000	5,000	4,127
Guatemala	5,000	5,000	7,028	5,676	3,012	10,000	5,000	5,840
Honduras	5,000	5,000	5,930	5,310	3,827	10,000	5,000	5,793
Mexiko	5,000	0,000	5,585	3,528	2,636	10,000	10,000	5,537
Nicaragua	5,000	5,000	5,255	5,085	4,611	10,000	5,000	5,811
Panama	5,000	5,000	5,147	5,049	5,492	10,000	10,000	6,773
Paraguay	10,000	5,000	5,929	6,976	4,944	5,000	10,000	6,812
Peru	10,000	5,000	8,210	7,737	5,492	10,000	10,000	8,117
Domin. Rep.	10,000	0,000	2,500	4,167	4,875	10,000	5,000	5,396
Uruguay	5,000	5,000	2,539	4,180	8,654	10,000	10,000	6,865
Venezuela	0,000	5,000	9,724	4,908	3,801	5,000	5,000	4,754

Anmerkungen und Referenzen siehe Seite 43ff.

2.6. Dimension IV: Regierungsfähigkeit

2.6.1 Teildimension: Kompetenz in der Umsetzung einer wohlstandssichernden Politik

Rangfolge der Teildimension

	Land	Punktzahl
1.	Costa Rica	2,584
2.	Chile	1,693
3.	Mexiko	1,012
4.	Argentinien	1,007
5.	Uruguay	0,756
6.	Panama	0,521
7.	Brasilien	0,333
8.	Kolumbien	-0,264
9.	Venezuela	-0,305
10.	Honduras	-0,326
11.	El Salvador	-0,446
12.	Nicaragua	-0,653
13.	Bolivien	-0,699
14.	Guatemala	-0,717
15.	Paraguay	-0,745
16.	Peru	-0,874
17.	Ecuador	-1,047
18.	Domin. Rep.	-1,497

Entwicklung der Teildimension 2002-2009

Land	Index 2002	Index 2003	Index 2004	Index 2005	Index 2006	Index 2007	Index 2008	Index 2009
Argentinien	0,842	0,631	0,427	0,515	1,151	1,248	1,241	1,007
Bolivien	-0,054	-0,044	0,119	0,154	-0,022	0,653	0,229	-0,699
Brasilien	0,740	0,920	0,348	0,376	-0,200	0,053	0,545	0,333
Kolumbien	0,021	0,134	0,005	0,036	-0,215	-0,290	0,056	-0,264
Costa Rica	1,465	1,509	2,007	1,983	2,714	2,307	2,922	2,584
Chile	1,381	1,392	1,476	1,442	1,997	2,445	2,222	1,693
Ecuador	-2,127	-1,781	-1,749	-1,815	-1,461	-0,948	-1,452	-1,047
El Salvador	-0,573	-0,712	-0,443	-0,510	-0,845	-0,845	-0,465	-0,446
Guatemala	-1,598	-1,541	-0,714	-0,640	-0,816	-1,025	-1,452	-0,717
Honduras	-1,123	-1,125	-0,790	-0,842	-0,130	0,162	-0,300	-0,326
Mexiko	1,009	1,007	1,226	0,945	0,399	1,155	0,742	1,012
Nicaragua	-1,196	-1,213	-0,924	-0,882	-1,046	-1,321	-0,393	-0,653
Panama	0,733	0,595	0,257	0,306	1,104	0,013	0,189	0,521
Paraguay	-0,376	-0,318	-0,188	-0,137	-0,839	-0,805	-1,067	-0,745
Peru	-0,699	-0,651	-0,769	-0,779	-0,953	-1,188	-1,127	-0,874
Domin. Rep. ^{xix}			-1,513	-1,530	-1,781	-2,505	-2,085	-1,497
Uruguay	2,195	1,900	1,836	1,931	1,245	1,538	0,593	0,756
Venezuela	-0,640	-0,701	-0,610	-0,552	-0,301	-0,656	-0,398	-0,305

Anmerkungen und Referenzen siehe Seite 43ff.

2.6.1.1 Teildimension: Kompetenz in der Umsetzung einer wohlstandssichernden Politik – Gewichtung

Land	Gesundheitswesen		Städtische Arbeitslosigkeit	Haushalte unter der Armutsgrenze	Bildungswesen		Durchschnitt der Teildimension	Index der Teildimension
	Kindersterblichkeit	Gesundheitsetat in % BIP			Einschreib. an Sekundarschulen	Bildungsetat % BIP		
Argentinien	5,891	7,667	5,125	6,524	8,400	7,121	6,788	1,007
Bolivien	1,407	2,333	5,325	3,231	8,200	10,000	5,083	-0,699
Brasilien	3,585	6,000	5,190	5,093	10,000	6,818	6,114	0,333
Kolumbien	4,780	5,667	3,565	3,018	8,500	7,576	5,518	-0,264
Costa Rica	7,525	10,000	8,542	7,697	8,700	7,727	8,365	2,584
Chile	10,000	4,667	5,325	10,000	9,100	5,758	7,475	1,693
Ecuador	3,781	3,000	5,942	3,531	7,000	5,152	4,734	-1,047
El Salvador	3,535	6,833	7,069	3,325	6,400	4,848	5,335	-0,446
Guatemala	1,949	8,500	6,833	3,262	5,600	4,242	5,064	-0,717
Honduras	3,304	5,167	10,000	2,408	6,400	5,455	5,456	-0,326
Mexiko	4,841	5,167	8,367	5,150	8,900	8,333	6,793	1,012
Nicaragua	2,303	6,167	7,885	2,518	6,900	5,000	5,129	-0,653
Panama	5,135	5,833	6,308	7,326	7,000	6,212	6,302	0,521
Paraguay	4,222	5,000	5,694	2,491	6,600	6,212	5,037	-0,745
Peru	3,619	1,667	4,940	5,331	9,800	4,091	4,908	-0,874
Domin. Rep.	2,484	3,500	2,929	3,186	7,700	5,909	4,285	-1,497
Uruguay	6,387	6,333	5,190	7,569	9,200	4,545	6,537	0,756
Venezuela	4,606	2,667	5,541	4,536	7,900	7,727	5,496	-0,305

Anmerkungen und Referenzen siehe Seite 43ff.

2.6.1.1.2 Teildimension: Kompetenz in der Umsetzung einer wohlstandssichernden Politik - Daten

Land	Gesundheitswesen		Städtische Arbeitslosigkeit ^{xx}	Haushalte unter der Armutsgrenze ^{xxi}	Bildungswesen	
	Kindersterblichkeit ^{xxii}	Gesundheitsetat % BIP ^{xxiii}			Schüler an Sekundarschulen ^{xxiv}	Bildungsetat Gesamt % BIP ^{xxv}
Argentinien	12,9	4,6	8,0	21,0	84,0	4,7
Bolivien	54,0	1,4	7,7	42,4	82,0	6,6
Brasilien	21,2	3,6	7,9	26,9	100,0	4,5
Kolumbien	15,9	3,4	11,5	45,4	85,0	5,0
Costa Rica	10,1	6,0	4,8	17,8	87,0	5,1
Chile	7,6	2,8	7,7	13,7	91,0	3,8
Ecuador	20,1	1,8	6,9	38,8	70,0	3,4
El Salvador	21,5	4,1	5,8	41,2	64,0	3,2
Guatemala	39,0	5,1	6,0	42,0	56,0	2,8
Honduras	23,0	3,1	4,1	56,9	64,0	3,6
Mexiko	15,7	3,1	4,9	26,6	89,0	5,5
Nicaragua	33,0	3,7	5,2	54,4	69,0	3,3
Panama	14,8	3,5	6,5	18,7	70,0	4,1
Paraguay	18,0	3,0	7,2	55,0	66,0	4,1
Peru	21,0	1,0	8,3	25,7	98,0	2,7
Domin. Rep.	30,6	2,1	14,0	43,0	77,0	3,9
Uruguay	11,9	3,8	7,9	18,1	92,0	3,0
Venezuela	16,5	1,6	7,4	30,2	79,0	5,1

Anmerkungen und Referenzen siehe Seite 43ff.

2.6.2 Teildimension: Kompetenz in der Umsetzung einer leistungssichernden Wirtschaftspolitik

Rangfolge der Teildimension

Land	Punktzahl
1. Mexiko	2,140
2. Venezuela	1,502
3. Chile	1,309
4. Uruguay	0,479
5. Costa Rica	0,275
6. Argentinien	0,232
7. Panama	0,162
8. Peru	0,142
9. Brasilien	0,100
10. Guatemala	0,025
11. Kolumbien	-0,038
12. Ecuador	-0,282
13. El Salvador	-0,409
14. Honduras	-0,616
15. Paraguay	-0,838
16. Nicaragua	-1,112
17. Rep. Dominicana	-1,159
18° Bolivien	-1,912

Entwicklung der Teildimension 2002-2009

Land	Index 2002	Index 2003	Index 2004	Index 2005	Index 2006	Index 2007	Index 2008	Index 2009
Argentinien	1,246	0,862	-0,232	-0,012	0,548	0,531	0,894	0,232
Bolivien	-0,896	-1,687	-1,634	-1,768	-1,961	-2,052	-2,197	-1,912
Brasilien	-0,501	-0,332	-0,438	-0,441	0,090	0,177	0,322	0,100
Kolumbien	-0,619	-1,297	-0,626	-0,559	-0,152	-0,324	-0,234	-0,038
Costa Rica	1,039	1,682	0,922	0,664	1,241	1,633	1,492	0,275
Chile	1,073	1,072	2,872	2,437	1,892	1,236	0,878	1,309
Ecuador	-1,506	-1,145	0,238	0,229	-0,213	-0,247	-0,860	-0,282
El Salvador	0,610	1,126	0,176	-0,037	-0,109	-0,035	-0,177	-0,409
Guatemala	0,249	0,460	0,584	-0,929	0,529	0,758	0,322	0,025
Honduras	-0,853	-0,951	-1,015	0,383	-1,175	-0,875	-0,977	-0,616
Mexiko	1,167	1,324	1,530	1,481	1,666	1,249	1,396	2,140
Nicaragua	-1,482	-1,230	-1,095	-0,928	-0,864	-0,986	-1,035	-1,112
Panama	0,182	-0,474	-0,052	-0,022	-0,129	-0,229	-0,422	0,162
Paraguay	-0,369	-0,437	-0,849	-0,869	-1,091	-0,603	-0,467	-0,838
Peru	-0,368	-0,578	-0,083	-0,039	0,050	-0,243	-0,162	0,142
Domin. Rep. ^{xxvi}				-0,172	0,193	-0,595	0,000	-1,159
Uruguay	1,215	1,488	0,528	0,636	0,407	0,594	0,721	0,479
Venezuela	-0,186	0,115	-0,654	-0,417	-0,327	0,010	0,506	1,502

Anmerkungen und Referenzen siehe Seite 43ff.

2.6.2.1 Teildimension: Kompetenz in der Umsetzung einer leistungssichernden Wirtschaftspolitik – Gewichtung

Land	Punktzahl im Index Wirtschaftsfreiheit	Pro-Kopf-Einkommen	Einkommensgefälle	Verschuldung	Investitionen	Durchschnitt	Index Wirtschaftsfreiheit
Argentinien	6,682	9,899	6,739	2,601	6,863	6,557	0,232
Bolivien	6,845	2,974	4,189	2,983	5,076	4,413	-1,912
Brasilien	7,245	7,092	4,097	8,026	5,668	6,426	0,100
Kolumbien	7,962	5,642	3,690	5,622	8,521	6,288	-0,038
Costa Rica	8,486	7,384	6,691	3,836	6,602	6,600	0,275
Chile	10,000	9,966	5,849	3,697	8,660	7,634	1,309
Ecuador	6,706	5,278	6,039	3,185	9,011	6,044	-0,282
El Salvador	8,914	5,186	6,992	2,742	5,748	5,917	-0,409
Guatemala	7,589	3,365	4,227	9,683	6,889	6,351	0,025
Honduras	7,496	2,931	3,941	4,959	9,221	5,710	-0,616
Mexiko	8,408	10,000	6,327	10,000	7,593	8,465	2,140
Nicaragua	7,638	1,846	5,407	2,064	9,111	5,213	-1,112
Panama	8,269	7,791	5,962	2,871	7,543	6,487	0,162
Paraguay	7,794	3,282	5,471	4,729	6,160	5,487	-0,838
Peru	8,256	5,893	5,962	4,164	8,064	6,468	0,142
Rep. Dominicana	7,568	5,887	4,366	2,129	5,882	5,166	-1,159
Uruguay	8,830	9,131	9,688	2,306	4,067	6,804	0,479
Venezuela	5,100	8,781	10,000	5,259	10,000	7,828	1,502

Anmerkungen und Referenzen siehe Seite 43ff.

2.6.2.2 Teildimension: Kompetenz in der Umsetzung einer leistungssichernden Wirtschaftspolitik - Daten

Land	Punktzahl im Index Wirtschaftsfreiheit ^{xxvii}	Pro-Kopf-Ein- kommen ^{xxviii}	Einkommensgefäl- le ^{xxix}	Verschuldung (% des BIP) ^{xxx}	Investitionen (Brut- tofestanlagen/BIP) % ^{xxxi}
Argentinien (a)	52,30	14.413,16	13,80	46,90	20,42
Bolivien (b)	53,58	4.330,42	22,20	40,90	15,10
Brasilien (a)	56,70	10.325,80	22,70	15,20	16,86
Kolumbien (a)	62,32	8.215,20	25,20	21,70	25,35
Costa Rica (b)	66,41	10.752,04	13,90	31,80	19,64
Chile (a)	78,26	14.510,19	15,90	33,00	25,77
Ecuador (a)	52,48	7.685,29	15,40	38,30	26,81
El Salvador (b)	69,76	7.551,71	13,30	44,50	17,10
Guatemala (b)	59,40	4.898,94	22,00	12,60	20,50
Honduras (a)	58,67	4.268,24	23,60	24,60	27,43
Mexiko (a)	65,81	14.560,41	14,70	12,20	22,59
Nicaragua (b)	59,78	2.688,46	17,20	59,10	27,11
Panama (b)	64,72	11.343,33	15,60	42,50	22,44
Paraguay (a)	61,00	4.778,16	17,00	25,80	18,33
Peru (a)	64,62	8.580,10	15,60	29,30	23,99
Domin. Rep. (a)	59,23	8.571,30	21,30	57,30	17,50
Uruguay (a)	69,11	13.294,66	9,60	52,90	12,10
Venezuela (a)	39,92	12.785,14	9,30	23,20	29,75

Anmerkungen und Referenzen siehe Seite 43ff.

3. AUFBAU ZIVILGESELLSCHAFTLICHER STRUKTUREN

*Estamos pasando por una etapa de ausencia de valores cívicos, falta de educación y de patriotismo. Necesitamos cambiar nuestro comportamiento para que podamos vivir en un país donde tengamos el orgullo de decir: SOY CIUDADANO
La solución a nuestros problemas no se encuentra en manos de ningún funcionario.
La mediocridad o grandeza del país reside en NOSOTROS..... sus CIUDADANOS
(De un Consejo de Prevención Comunitaria en Argentina)**

Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen und Entwicklung der Demokratie¹

Bürgergesellschaft und Vertrauen

Die Frage, ob eine gute Demokratie ohne gute Bürger möglich ist, muss sicherlich mit einem klaren NEIN beantwortet werden.

Die Demokratie scheint immer dann besonders gut gefestigt und entwickelt zu sein, wenn auch der Bürgersinn, auf den sie sich stützt, besonders weit entwickelt ist. Damit stehen jüngere Demokratien vor der Notwendigkeit, eine Politik des ständigen "Aufbaus bürgergesellschaftlicher Strukturen" zu fördern. Das heißt nichts anderes, als die Bürger mit einer besseren und tiefergehenden demokratischen Bildung auszustatten, so dass sie sich ihrer Rechte und Freiheiten sowie der Verantwortung, die die Ausübung dieser Rechte und Freiheiten mit sich bringt, voll bewusst sind.

Das tägliche Ausüben einer produktiven demokratischen Kultur führt wiederum zum Aufbau eines stabileren Rahmen institutionellen Vertrauens, so dass sich der *circulus virtuosus*: Bürgergesellschaft – Vertrauen – Entwicklung der Demokratie schließt.

Im Verständnis der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1948 verabschiedeten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist der Begriff des Staatsbürgers mit individuellen Rechten und Pflichten ausgestattet, die auf der Grundlage eines vorgegebenen Rechtsrahmens ausgeübt werden. Dabei beziehen sich diese Rechte und Pflichten nicht nur auf das Individuum selbst sondern auch auf seine sozialen Verpflichtungen.

* *Wir erleben eine Zeit, in der es an Bürgerwerten, Bildung und Vaterlandsliebe mangelt. Wir müssen unser Verhalten ändern, wollen wir in einem Land leben, in dem wir mit Stolz sagen können: ICH BIN BÜRGER. Die Lösung unserer Probleme liegt nicht in den Händen der Beamten. Über Mittelmäßigkeit und Größe unseres Landes entscheiden WIR... seine BÜRGER (Auszug aus einem Aufruf einer zivilen Bürgerorganisation in Argentinien).*

¹ Die nachstehenden Ausführungen zu der lateinamerikanischen demokratischen Realität, die von unserer jährlichen Analyse der Entwicklung in den einzelnen Ländern abgeleitet sind, sollen beschreiben, „wo der Schuh drückt“ und die Weiterentwicklung der Demokratie hemmt. Uns selbst erscheinen die Diagnosen zuweilen entmutigend und lassen die Sorge aufkommen, ob die Akteure der regionalen Demokratie in der Lage sind, die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden.

Trotz zahlreicher anhaltender Probleme ist es aber den Ländern der Region in kurzer Zeit und trotz der schwierigen demokratischen Entwicklung gelungen, wichtige Hindernisse zu überwinden. Das bestärkt uns in unserer Überzeugung, dass die Analyse der anstehenden Probleme so etwas sein muss, wie „die Pferdefliege auf dem Rücken des edlen Tieres, die es wach hält“, um seinen schwierigen Weg fortzusetzen. Hierin liegt der eigentliche Sinn der hier angestellten Überlegungen.

Gerade in Bezug auf die Pflichten ergibt sich aus der Erklärung der Menschenrechte das Verständnis eines Bürgers, der nicht nur Rechte besitzt, sondern im Wesentlichen auch soziale Pflichten hat.²

Somit ist Bürgerschaft ein Begriff, der mit der Achtung der Bürgerrechte zusammenhängt aber auch mit Pflichten der Bürger in ihrem sozialen und politischen Leben. Dabei kann der Einzelne seiner Verantwortung innerhalb seiner Gesellschaft über aktive Beteiligung am Leben in der Gemeinschaft nachkommen.

Mitwirkung bedeutet nicht nur eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts sowie die Entwicklung von Bürgertugenden, sondern kann auch als Instrument sozialer Kontrolle und Vermittlung von sozialen und politischen Forderungen eingesetzt werden.

Pablo GENTILE³ weist darauf hin, dass die formale Anerkennung der Rechte eine zentrale Voraussetzung für die Realisierung einer Gesellschaft mit Bürgerinnen und Bürgern ist. Wenn eine solche Anerkennung allerdings auf juristische Kriterien beschränkt bleibt, so läuft die Gesellschaft Gefahr, sich in eine Bürgerschaft bar jeden Inhalts zu verwandeln.

Es kann keine zivilgesellschaftlichen Strukturen geben, wenn es nicht gelingt, so viel Vertrauen in die Regierungsinstitutionen zu wecken, dass die Bürger auch geneigt sind, ihren Pflichten nachzukommen und sich aktiv am politischen Leben zu beteiligen.

Dieses Vertrauen wiederum lässt die politische Vertretung effizienter werden und verleiht der Demokratie eine neue Qualität. Dagegen zerstören Krisen des politischen Vertrauens, wie wir sie gegenwärtig in einem Großteil des gesellschaftlichen Gefüges in Lateinamerika erleben, die Funktionstüchtigkeit des repräsentativen Systems und beeinträchtigen die Qualität der Demokratie.

Die politische und soziale Beteiligung ist ein Mittel zur Verbesserung der Effizienz und Qualität der demokratischen Regierungen. Je verantwortungsbewusster die Bürger sich in das demokratische Leben einbringen, desto breiter werden die Kommunikationskanäle zwischen Bürgern und Regierenden sein. Damit erhalten die Regierungen auch die notwendige Information und Kenntnisse zur Lösung der Probleme und Schwierigkeiten der Bürger, die sie vertreten.

Die von der *Corporación de Estudios para Latinoamérica (Cieplan)* und dem *Instituto Fernando Enrique Cardoso* in sieben Ländern Lateinamerikas durchgeführte Umfrage *Encuesta Ecosocial 2007* weist auf eine sehr niedrige politische Beteiligung in Lateinamerika hin. Das umfasst sowohl die politische Betätigung als auch soziale und solidarische Aktivitäten. Argentinien und Mexiko sind die Länder mit der geringsten Beteiligung. Lediglich fünf von 100 Argentinern gaben an, aktiv in zwei oder mehr Institutionen mitgearbeitet zu haben, während die übrigen lateinamerikanischen Länder höhere Beteiligung aufwiesen (zum Beispiel Peru 12%, Chile und Guatemala 9% und Brasilien 8%). Allerdings waren die Ergebnisse in diesen Ländern von der starken Beteiligung an religiösen Gruppen beeinflusst (insbesondere in Guatemala und Peru, wo sie 29% bzw. 19% ausmacht) und in geringerem Maße von der Zugehörigkeit zu Nachbarschaftsvereinigungen, Bildungsvereinen und Klubs oder Sportvereinen. Dagegen wies die Beteiligung an Gewerkschaftsorganisationen ein homogeneres Niveau in der Region aus. Im Durchschnitt gaben nur zwei von 100 Lateinamerikanern an, einer Gewerkschaft

² HERNANDEZ AVENDAÑO, J.: "Ciudadanía en Movimiento", Universidad Iberoamericana, Demos, IAP 2000.

³ GENTILE, P.: (Coord.) "Códigos para la ciudadanía". Buenos Aires, Santillana, 2000.

oder einem Verband angehört zu haben. Das gleiche gilt für die Mitwirkung in Wohltätigkeitsvereinen oder Freiwilligenarbeit, die sehr niedrige Werte in der gesamten Region aufweisen. Lediglich 4% der befragten Lateinamerikaner gaben an, sich an dieser Art von Aktivitäten beteiligt zu haben.⁴

In einem demokratischen System ist zudem das Vertrauen der Bürger in alle Staatsgewalten wesentlich. Besteht dieses Vertrauen nicht, so stehen wir vor einer schwachen Demokratie, die zum Teil auf den jeweils glaubwürdigsten Politiker angewiesen ist.

Der charakteristische Klientelismus der lateinamerikanischen politischen Systeme löst seinerseits einen Transaktionshandel aus, bei dem die Bürger ihre Beteiligung reduzieren und zu "Klienten" des jeweiligen politischen Apparats werden und somit ihre Wahlstimme zum Tauschfaktor abwerten. Das System der politischen Parteien selbst gerät durch die wiederholte Praxis der Kooptation von Loyalitäten aller Art unter Einsatz der öffentlichen Mittel aus den Fugen. Die Glaubwürdigkeitskrise, die sich in hohen Misstrauenswerten niederschlägt, beschränkt sich deswegen auch nicht darauf, allein die Regierung in Frage zu stellen, sondern betrifft alle Institutionen, die in irgendeinem Zusammenhang zu der Macht stehen.

Politische und soziale Zersplitterung

Die scheinbare Normalität der lateinamerikanischen Demokratien ist in den letzten Jahren durch vermehrte Straßendemonstrationen, die sich in praktisch allen Ländern der Region multiplizieren, erschüttert worden.

Solche Demonstrationen werden verschiedentlich als eine Form der demokratischen Beteiligung gewertet. Dennoch können Chaos, Anarchie und die Durchsetzung von Forderungen mit Mitteln der Gewalt (sei es die Gewalt der Waffen, der Zahl oder der Übermächtigkeit) nicht als Bestandteil eines Lebens in Demokratie gewertet werden. Klare Beispiele dieser Situation waren Länder wie Ecuador, Bolivien, Peru, Mexiko, Argentinien, Paraguay und Venezuela, abgesehen von anderen strukturierteren Ausdrucksformen des Protests wie die Bewegung der Landlosen in Brasilien und in Chiapas in Mexiko sowie die Guerrilla in Kolumbien.

In einigen Fällen werden diese Formen des Protestes von Bewegungen angeführt, die sich in Folge bestimmter Formen der Gesellschaftsausgrenzung formiert haben. In anderen Fällen sind sie ein Ergebnis gesellschaftlicher Fragmentierung und mangelnder politischer Organisation.

Zu einem Großteil gehen die Demonstrationen auf keine organische Entwicklung zurück und sind als Ausdruck der Ablehnung der Eliten und der institutionellen Wege der Konfliktlösung zu werten. Auf die Straße geht der Durchschnittsbürger, die Durchschnittsbürgerin, die öfters auch eine bestimmte Verbindung zu sozialen Bewegungen haben, und bereit sind, ihren politischen Willen mit gewaltsamen Demonstrationen durchzusetzen.

Der Widerspruch zwischen der Notwendigkeit, die Beteiligungsformen zu stärken, um bürgergesellschaftliche Strukturen aufzubauen, und den "partizipativen Inter-

⁴ MORENO C.: "¿Ciudadanía sin participación?" Informe de Economía e Instituciones – UCA, Año 1 – Nr. 6, Buenos Aires, Dezember 2008.

ferenzen“, die dieser Zustand ständiger Versammlung auf den Straßen erzeugt, und die der schweigenden Mehrheit der Bürger Geltung und Möglichkeiten der Beteiligung nimmt, ist nicht neu in Lateinamerika.

Die Wirksamkeit der Demokratie besteht sowohl in der konkreten Geltung der Bürgerrechte als auch in der Fähigkeit des Staates, seine Legalität im gesamten nationalen Territorium gleichermaßen durchzusetzen. Guillermo O'DONNELL⁵ vertritt die Auffassung, dass in vielen der lateinamerikanischen Demokratien es weiterhin Bereiche gibt, die außerhalb der Legalität des Staats stehen und in denen personalistische, finanzielle und mafiaartige Machtbeziehungen vorherrschen. In diesen Fällen löst sich der Staat territorial auf und die Bürokratien werden von Privatinteressen abhängig und gesteuert.

Die Fragilität des demokratischen Konsolidierungsprozesses in Lateinamerika ist die Folge von Mittelknappheit, inadäquaten Verteilung dieser Mittel und zuweilen auch Ideenlosigkeit, die einen gesamtheitlichen und konsequenten Fortschritt verhindern. Unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft machen sich die knappen Mittel streitig und lösen damit vielfältige Widersprüchlichkeiten aus. So sind denn auch die Bürgerrechte noch nicht gesichert, obwohl sich die politischen Rechte universell durchgesetzt haben. In vielen Fällen lassen sich auch die sozialen Rechte als Folge von Mittelknappheit, Ungerechtigkeit oder auch bloßer Ineffizienz nicht durchsetzen.

In den entwickelten Ländern waren die zivilen Rechte und Freiheiten den politischen Rechten vorgeschaltet, während Lateinamerika den umgekehrten Weg gegangen ist. Die alleinige verfassungsmäßige Ausrufung von Rechten und Freiheiten kann noch nicht das Problem mangelnder Reife bei der Ausübung dieser Rechte und Freiheiten lösen. O'Donnell⁶ definiert deswegen die lateinamerikanischen Länder als Demokratien, in denen schwach ausgeprägte zivilgesellschaftliche Strukturen vorherrschen.

Die politischen Rechte und die zivilen Freiheiten sind tragende Säulen des Pluralismus und der Vielfalt und schaffen die Voraussetzungen für die Ausübung einer Autorität, die Rechenschaft über ihre Handlungen ablegt. Aufgrund dessen erscheint die Konsolidierung der für die individuelle Freiheit erforderlichen Rechte wie Recht auf Meinungsfreiheit, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, Recht auf Privateigentum und Recht auf Vertragsfreiheit und Gerechtigkeit als eine strategische Frage für die Entwicklung der Demokratie in einer Region, in der gefestigte Ungleichheitsstrukturen auch das Ergebnis eines fehlenden Rechtsstaates sind.

Zu den historischen Problemen des demokratischen Reifeprozesses in Lateinamerika kommen heute neue Elemente hinzu. Bis noch vor wenigen Jahrzehnten war das repräsentative System eine vermittelte Demokratie. In den letzten Jahren allerdings haben der technische Wandel und die Verbreitung der modernen Massenmedien im Rahmen einer starken Globalisierungsströmung die Vermittlung durch die institutionellen Vertreter der demokratischen Gesellschaft teilweise ersetzt. Das hat dazu geführt, dass die Vermittler oder Vertreter der Bürger – unabhängig davon, ob es sich um Parlamentarier oder politische Parteien, ihre Spitzen oder Unterhändler handelt – nicht mehr die Interessensvermittlung und ihre Artikulierung monopolisieren können. Eine vielfältigere, selbstbewusstere und besser informierte Gesellschaft, in der die Menschen eigene Vorstellungen über

⁵ O'DONNELL, G.: Estado, democratización y ciudadanía, Nueva Sociedad, N° 128, Caracas, Editorial Texto, 1993.

⁶ O'DONNELL, G.: "Notes on the State of Democracy in Latin America". PNUD, 2002.

die Fragen öffentlichen Interesses entwickeln und den Anspruch erheben, an der Lösung in irgendeiner Form mitzuwirken, hat jene Wirklichkeit verändert.⁷

Das augenscheinliche politische Desinteresse, das in allen westlichen Gesellschaften zu beobachten ist, kann Ausdruck eines überhöhten, egoistischen und entpolitisierten Individualismus sein, ist aber auch bezeichnend für eine tiefe Unzufriedenheit mit der fragmentarischen und unstrukturierten Form, die die Beziehungen zwischen Bürger und „Polis“ angenommen haben. Im Gegensatz zur der noch bis vor kurzem vorherrschenden Vorstellung, der Einzelne habe sich nach einem allgemeinen Paradigma zu richten, das die Kriterien für den Aufbau seines persönlichen Lebens vorgibt, scheint heute die Vorstellung zu dominieren, dass jeder einzelne seine Welt und sein Leben selbst in die Hand zu nehmen hat.⁸

Die unvermeidliche Folge dieses sozialen, politischen und kulturellen Wandels war eine größere Zersplitterung der Gesellschaft. In Lateinamerika kommt zu dieser zunehmenden Fragmentierung noch die Schwäche der Strukturen und Institutionen. Somit verschärft sich das Problem und lässt eine Situation entstehen, in der es manchmal fast den Anschein hat, es gebe mehr Forderungen und Lösungsalternativen als Bürger.

Einer Gruppe oder Gemeinschaft anzugehören, sich akzeptiert und geschätzt zu fühlen sowie an politischen Entscheidungen teilzunehmen und einen Beitrag zu leisten, und dabei zugleich an die verändernde Macht des Kollektiven zu glauben, verleiht nicht nur Bürgerqualität sondern verändert auch positiv das Wohlbefinden der Menschen. Damit eine konvergierende Bürgerschaft mit einem höheren demokratischen Entwicklungsgrad entsteht, ist auch die konsequente und moralische Geltung von Regeln und Normen wichtig, die dem Menschen das Gefühl geben, in einer berechenbaren Umgebung zu leben.

Damit ergibt sich ein wesentliches Dilemma für die politische Führung in Lateinamerika: Wie sollen zivilgesellschaftliche Strukturen und institutionelle Qualität aufgebaut werden, wenn die Bürger zwar ihre Rechte einfordern, sich aber wenig geneigt zeigen, ihren Pflichten nachzukommen und noch viel weniger bereit sind, ihre Vorstellungen und ihre Verantwortungen mit anderen Menschen zu teilen?

Dieses Dilemma hat auch die wenig verantwortungsbewusste Antwort einer Elite gefördert, die im Allgemeinen eher auf politische Lösungen setzt, die sich auf klientelistische Strategien stützen und auf Brauch und Missbrauch der Staatsgewalt zentriert sind.

Das Aufzeigen neuer Wege, die eine erfolgreiche demokratische Kultur ermöglichen, die in der Lage ist, Voraussetzungen für eine bessere wirtschaftliche, sozia-

⁷ TOMASSINI, L.: "Gobernabilidad y políticas públicas en América Latina" BID, 1996.

⁸ TOMASSINI, L.: "La Globalización y sus Impactos Sociopolíticos" S. 51. Tomassini selbst fügt etwas später hinzu: "Einige haben versucht, diesen neuen Ethos der persönlichen Identität mit dem für die moderne Zeit charakteristischen Individualismus zu vermengen. Sie haben nicht zwischen den neuen Impulsen einer persönlichen Entwicklung einerseits, und der kapitalistischen Ausrichtung auf individuellen Vorteil und Kumulierung von materiellen Gütern andererseits unterschieden". Anschließend zitiert er Giddens: "Es handelt sich hier nicht um ein Projekt, das sich mit dem Subjekt auseinandersetzt. Vielmehr geht es darum, dass der Ethos der persönlichen Entwicklung die großen sozialen Übergänge der letzten Phase der Moderne insgesamt zusammenfasst: eine starke Hinterfragung der Institutionen, die Befreiung der sozialen Beziehungen von abstrakten Systemen und die entsprechende Vermischung zwischen dem Lokalen und dem Globalen, sowie zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten." ebenda S. 59. Das Zitat stammt aus Giddens A., "Modernity and Self Identity", Stanford Univ. Press, U.S.A. 1991. (Übersetzung des Zitats aus dem Spanischen).

le und menschliche Entwicklung zu schaffen, die Bürger hervorbringt, die ihre Rechte ausüben und ihren Pflichten nachkommen, die soziale Verantwortung zeigen und gewillt sind, ihre Wünsche mit ihren Nachbarn zu teilen, scheint weiterhin eine große Herausforderung für einen guten Teil der lateinamerikanischen politischen Führung zu sein.

Der Begriff von Bürgerschaft

Der hier verwendete Begriff der bürgergesellschaftlichen Strukturen geht auf den modernen Begriff von Bürgerschaft und den von dem britischen Soziologen Thomas H. Marshall geprägten Verständnis von Citizenship zurück. Marshall benutzte ihn zum ersten Mal 1949 in einer Reihe von Vorträgen an der Universität Cambridge, die im darauffolgenden Jahr unter dem etwas irreführenden Titel *Citizenship and Social Class* veröffentlicht wurden. „*Citizenship* ist ein all denjenigen zugeordneter Status, die Vollmitglieder einer Gemeinschaft sind. All diejenigen, die diesen Status besitzen, haben gleiche Rechte und Pflichten... Soziale Klasse dagegen ist ein System von Ungleichheit. Ebenso wie *Citizenship* kann sie auf einer Gesamtheit von Idealen, Glaubensvorstellungen und Werten basieren“.⁹

Marshall unterscheidet drei Elemente der *Citizenship*: das zivile, das politische und das soziale Element. Dabei sind die zivilen Rechte die „für die Freiheit des Einzelnen erforderlichen Rechte“: Meinungs- und Bekenntnisfreiheit, das Recht auf Privateigentum und Vertragsfreiheit sowie das Recht auf Rechtmäßigkeit. Die politischen Rechte beinhalten das Recht auf Mitwirkung bei der Ausübung der politischen Macht, und zwar als Mitglied eines mit Autorität ausgestatteten Gremiums oder als Wähler der in diese Gremien gewählten Mitglieder. Die sozialen Rechte bewegen sich in einer Bandbreite, die sowohl das „Recht auf Wohlstand und auf wirtschaftliche Sicherheit, das Recht darauf, sich das soziale Erbe mit der übrigen Gemeinschaft zu teilen, als auch das Recht auf ein Leben als zivilisierter Mensch in Einklang mit den in der Gesellschaft vorherrschenden Standards“ umfasst.

Bürgerschaft gewährt dem Einzelnen Rechte, legt ihm aber auch zugleich Verantwortungen auf mit der ständigen Aufforderung, sich bei seinen Handlungen an dem Wohlergehen der Gemeinschaft zu orientieren.

Der Begriff von Bürgerschaft im Sinne von Marshalls *Citizenship* betont die Gleichheit vor dem Gesetz sowie die Rechte und Pflichten gegenüber der Gesellschaft und dem Staat. Bürgerschaft in diesem Sinne ermöglicht es, in dem „Anderen“ einen Mitbürger zu sehen, der die gleichen Voraussetzungen erfüllt und mit dem man etwas Gemeinsames hat, etwas was alle verbindet (das Öffentliche). Demzufolge setzt Bürgerschaft gegenseitige Respektbezeugung und Ebenbürtigkeit voraus.

Bryan Roberts weist zurecht darauf hin, dass Marshall Bürgerschaft als „ein Prinzip der Gleichheit“ definiert, das sich schwer tut, mit der sozialer Ungerechtigkeit zusammenzuleben, die sich aus dem Spiel der Marktkräfte ergibt. Roberts sieht tendenziell eine voll entwickelte Bürgerschaft dann, wenn die Spannungen, die

⁹ MARSHALL, T. H.: *Citizenship and social class*, in T.H. Marshall and T. Bottomore, *Citizenship and Social Class*, London, Pluto Press, 1992.

sich aus der vom Markt verursachten sozialen Ungleichheit ergeben, über die Förderung von Chancengleichheit und sozialer Mobilität ausgeglichen werden¹⁰.

Aus dieser Begriffsbestimmung heraus ergibt sich demnach die Notwendigkeit jeder demokratischen Gesellschaft einen Prozess anzustoßen, in dem Bürgerschaft auf drei Ebenen aufgebaut wird:

- **Die zivile Bürgerschaft**, bei der der institutionelle Rechtsrahmen wesentlich zur Definition von Rechten und Pflichten beiträgt. Dabei obliegt es den Staaten, einschließlich den besonders schwachen unter ihnen, ihr Geltung zu verleihen und sie staatsweit zu sichern.
- **Die politische Bürgerschaft**, deren Geltung und Verbreitung sich in der Region wesentlich durch die geringe institutionelle Qualität und die wenig effiziente Politik der vorherrschenden Systeme beeinträchtigt sieht. Wie bereits angedeutet, verbreiten und vertiefen ein Großteil der politischen Parteien klientelistische Strukturen, bei denen nur kleine soziale oder politische Gruppen Mitwirkungschancen haben, während die großen Mehrheiten ausgegrenzt bleiben, statt einen Beitrag zum Aufbau von Bürgerschaft zu leisten.
- **Die soziale Bürgerschaft**, die die größten Probleme einer Verankerung in von Ungleichheit gezeichneten Gesellschaften aufwirft. Eine wesentliche Rolle spielen vermachtete Wirtschaftsstrukturen und die überwiegende Unfähigkeit der nationalen Ökonomien, Reichtum und Wohlstand für alle Gruppen der Gesellschaft zu erzeugen.

Der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in Lateinamerika

Die Analyse bürgergesellschaftlicher Strukturen bietet auch die Gelegenheit, sozialen Aspekten in der Analyse der Leistung der politischen und wirtschaftlichen Systeme mehr Relevanz zu verleihen.

Dabei wurde für die Analyse dieser Fragen kein integraler Ansatz gewählt, vielmehr bildet die Untersuchung spezifischer Themen den Ausgangspunkt. Der Schwerpunkt wurde dabei auf besondere Aspekte wie die ethnische Frage, die Bildungsfrage sowie die politischen und sozialen Probleme gelegt.

Dass es relativ wenig Untersuchungen zu den drei Dimensionen von Bürgerschaft im Sinne von Marshall gibt, hängt auch damit zusammen, dass diese Studien überwiegend transnational angesiedelt sind. Von daher erklärt sich auch, dass sich die bekannten Studien vornehmlich auf Aspekte konzentrieren, die sich mit besonderen Mängeln oder defizitären bürgergesellschaftlichen Strukturen auseinandersetzen bzw. sich auf ethnische Fragen, Gender, Wohnungsort, soziokulturelles Milieu usw. konzentrieren. Dabei ist es selbst dann, wenn es sich um spezifische Analysen handelt, nicht möglich, die Probleme der demokratischen Hauptakteure (die Bürger) mit den Defiziten oder Tugenden, die das demokratische System in einer Region und einer bestimmten Gesellschaft offenlegt, in Beziehung zu setzen, was ja unser Hauptanliegen ist.

¹⁰ ROBERTS, B. (ed.): Ciudadanía y política social, Colección centroamericana de reestructuración, N° 3, San José, FLACSO 1998.

Calderón, Hopenhayn und Ottone¹¹ stellen mit dem erweiterten Begriff einer *extensive citizenship* Funktionsbeziehungen zwischen den Anforderungen der wirtschaftlichen Entwicklung und den Notwendigkeiten der sozialen Integration her. Diese Autoren werfen mit der erweiterten Definition von Bürgerschaft ein zentrales Thema auf, das sich auf den Aufbau von Identitäten bezieht, die auf ein nicht antagonistisches Verständnis des anderen basieren. Die extensive Bürgerschaft baut nicht mehr auf eine "den anderen" gegenüber entgegengesetzten Identität auf, sondern setzt auf eine solidarische und kooperative Identität. Dabei wird der Begriff der Bürgerschaft um die Vorstellung von sozialer und politischer Integration in dreierlei Hinsicht erweitert:

- Eine "größere produktive Gerechtigkeit", bezogen auf die Fähigkeit, die Bevölkerung in die Dynamik des Wirtschaftswachstums einzubeziehen und somit den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen zu verändern.
- Eine "erhöhte symbolische Gerechtigkeit" im Sinne einer verbesserten Fähigkeit Information zu erhalten und zu verarbeiten und Zugang zu bildungspolitischen Kanälen zu bekommen. Diese symbolische Gerechtigkeit ist wesentlich, soll die Fähigkeit ausgebildet werden, zivilgesellschaftliche Defizite zu diagnostizieren, Rechte aufzubauen und Normen einzuhalten. Sie ist ferner unverbrüchlich mit einer auf *Good Governance* ausgerichteten Transformation der Öffentlichkeit verbunden. Es geht um mehr Transparenz, mehr Information und die Befähigung der Regierten die Regierenden zu kontrollieren.
- Eine größere Gerechtigkeit bei der Ausübung der Rechte im Sinne von Anerkennung der Existenz anderer Identitäten.¹²

Zu den Herausforderungen, die eine Konsolidierung und Entwicklung der Demokratie in der Region beinhaltet, ist in den letzten Jahren das Problem einer steigenden Ungleichheit gekommen, die sich nach den sozialen Kennzahlen des IDD-Lat nur in den beiden letzten Jahren leicht zurückgebildet hat. Analysten führen allerdings an, dass diese kleinen Fortschritte als Folge der internationalen Wirtschaftskrise in diesem Jahr wieder vernichtet werden.

Von daher ist es auch nicht zufällig, dass die Unzufriedenheit der Wähler in vielen Fällen zunimmt. Im Unterschied zu den Jahren der Diktaturen mit unterwürfigen oder schlimmer noch unterdrückten Bürgern, aber auch mit einer Bevölkerung, die der Politik fernab stand, verbindet sich jetzt die Wahrnehmung der Rechte und Freiheiten der Demokratie mit einem nur schwach ausgebildeten Sinn für staatsbürgerliche Verantwortung und einem klientelistischen politischen System. Das führt zu einer gefährlichen Vermengung, die in einer Reihe von Ländern der Region zufalls- oder kausalbedingt zum Ausbruch kommt.

Was vormals als das „lateinamerikanische Dreieck“ -Demokratie, Armut und Ungleichheit- bezeichnet wurde, verwandelt sich jetzt allmählich in ein lateinamerikanisches Viereck aus Demokratie – Armut – Ungleichheit – Anomie, das, sollte es nicht behoben werden, nach und nach nur noch ein „formales Spiel der Demo-

¹¹ CALDERON F., HOPENHAYN M., OTTONE E.: "Esa esquivia modernidad : desarrollo, ciudadanía y cultura en América Latina y el Caribe" Nueva Sociedad, Unesco, 1996.

¹² CALDERON F., HOPENHAYN M., OTTONE E.: "Esa esquivia modernidad : desarrollo, ciudadanía y cultura en América Latina y el Caribe" Nueva Sociedad, Unesco, 1996.

kratie“ erlauben wird. Dadurch wird eine „fehlerhafte Demokratie“ konsolidiert, die sich allmählich von ihren Grundlagen entfernen dürfte.

Die Demokratie in Lateinamerika muss heute über das politische System hinaus wirken, um mit dem Aufbau tragfähiger und umfassender bürgergesellschaftlicher Strukturen identifiziert zu werden. Solange dies nicht geschieht, wird die demokratische Regierungsfähigkeit weiterhin bedroht bleiben und es immer wieder zu Ausbrüchen von Autoritarismus, Populismus, Klientelismus kommen, die zu Fragmentierung und Erosion der Demokratie führen.

Politische Parteien und bürgergesellschaftliche Strukturen

Silesio LÓPEZ JIMÉNEZ¹³ weist zu Recht darauf hin, dass der Aufbau bürgergesellschaftlicher Strukturen einen wesentlichen Wandel mit sich bringt. Die „Regierten sind nicht mehr ein der Macht unterworfenen Objekt und verwandeln sich in Subjekt und legitimer Träger der Macht“. Sowohl auf lokaler als auch nationaler Ebene ermöglichen zivilgesellschaftliche Strukturen die Aufstellung und Potenzierung unterschiedlicher sozialer Akteure (Individuen, Gruppen und Institutionen) in der kollektiven Entscheidungsfindung innerhalb des politischen Systems und sichern somit die tatsächliche Ausübung von Demokratie.

Verstehen sich die Menschen in einer Demokratie als Bürger und kommunizieren sie mit den verschiedenen Akteuren auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und Anerkennung, so kommt es zu der institutionellen Verankerung sozialer konsensfähiger Veränderungsprozesse, die zu einer weiteren Ausdehnung der politischen und sozialen Rechte führen.

In dieser Argumentationslogik ist Bürgerschaft nicht nur ein durch das angemessene Gleichgewicht von Rechten und Pflichten gekennzeichneter soziopolitischer Status. Bürgerschaft ist vielmehr auch eine mit anderen geteilte Identität, die die eigene Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Gemeinschaft ausdrückt.

Soll diese Zugehörigkeit erreicht werden, ist es wesentlich, dass die politischen Institutionen (politische Parteien und gesellschaftliche Gruppierungen, die in einem Wettstreit um die Macht in der Demokratie stehen, mit dem Ziel das Gemeinwohl zu verwalten) in der Lage sind, einen Rahmen für Partizipation und Zuspruch der Bürger zu erzielen. Allerdings führen häufig die historischen Wechselfälle der Demokratie in Lateinamerika dazu, dass die Gesellschaft der Politik ihre Beteiligung verweigert bzw. ihr Verhältnis zur Politik in eine Transaktionsbeziehung verfremdet, die der Verfilzung des politischen Systems neuen Auftrieb verleiht.

Damit wird die politische Bürgerschaft ihres eigentlichen Sinns beraubt, nämlich ein Recht auf Mitwirkung bei der Ausübung der politischen Macht zu sein. Diese Form der Bürgerschaft ist das politische Bindeglied zwischen dem Individuum und der politischen Gemeinschaft. Der Bürger wird so zu einem Vollmitglied eines Nationalstaates, dem er ständige Loyalität schuldig ist. Diese Beziehung verleiht dem Bürger eine nationale Identität oder Identifikation, die ihn denjenigen, „die die gleiche Bürgerschaft“ annähert und ihn von den anderen abhebt.

¹³ LOPEZ JIMENEZ, S.: „Ciudadanos reales e imaginarios. Concepciones, desarrollo y mapas de la ciudadanía en el Perú“, Lima, IDS, 1997.

Die lateinamerikanischen politischen Parteien haben in ihrer überwiegenden Mehrheit den über lange Zeit hinweg von der Gesellschaft erlittenen Autoritarismus nicht unbeschädigt überstanden.

Bei einem Großteil der Parteistrukturen ist es zu Absplitterungen oder zu populistischen Formen des Zusammenhalts gekommen, haben sich individualistische Disziplinlosigkeit oder Autoritarismus, ideologische Auflösung oder Fanatismus bemerkbar gemacht und sie der Möglichkeit beraubt, sich als ein klares Beispiel demokratischer Strukturen zu konsolidieren.

Aber selbst wenn man die von Erschütterungen geprägte politische Geschichte der Region als Rechtfertigungsgrund berücksichtigt, so kann man die politischen Parteien nicht von ihrer Verantwortung als politische Institutionen freisprechen, die sich der Aufgabe zu stellen haben, sich selbst zu verbessern, um die Demokratie zu verbessern.

Acht Jahre Analyse und Bewertung der demokratischen Entwicklung im Rahmen des Demokratieindexes IDD-Lat haben einige Fragen in der Beziehung zwischen politischen Parteien und demokratischer Entwicklung offengelegt. Die Länder der Region, in denen die politischen Strukturen auf gute demokratische Traditionen zurückblicken können, in denen die Institutionen einen eigenen Wert haben und geachtet werden und in denen die Bürger nicht nur dem politischen Spiel der Demokratie Vertrauen entgegenbringen, sondern sich auch aktiv einbringen, sind auch die Länder, die im regionalen Vergleich eine besonders fortgeschrittene Demokratie aufweisen. Sie geben ein klares Beispiel dafür ab, wie viel in der Gesellschaft verwurzelte und demokratisch aufgebaute politische Parteien zur Schaffung eines *circulus virtuosus* von zivilgesellschaftlichen Strukturen und Demokratie beitragen können.

Institutionen, zivilgesellschaftliche Strukturen und Entwicklung

Von der Wissenschaft und der Politik wird häufig die Frage nach der Fähigkeit der Demokratie gestellt, die in der Region so virulent zum Ausdruck gebrachten Ansprüche und Forderungen zu verarbeiten und einer Lösung zuzuführen.

Wenn verschiedentlich das Weiterbestehen eines ausgrenzenden Wirtschaftsmodells als zentrale Ursache für die Fragilität der demokratischen Institutionen angeführt wird, so wird damit gleichzeitig auch die These aufgestellt, dass in Lateinamerika, dessen wirtschaftliche und soziale Entwicklung sich eben gerade durch ein hohes Maß an Ungleichheit und Ausgrenzung auszeichnet, die demokratische Regierungsfähigkeit nicht getrennt von der Suche nach Lösung für soziale Inklusion und den Abbau von Ungleichheiten gesehen werden kann.¹⁴

Demokratische Regierungen und Wahlsysteme sowie institutionalisierte Formen der Volksvertretung allein haben in der Region noch nicht die Voraussetzungen für Regierungsfähigkeit und Entwicklung sichergestellt, für die sich in all diesen Jahren die demokratischen Gruppierungen eingesetzt haben. Es fehlt weiterhin an den Komponenten, die eine Entwicklung in Gang setzen, die durch bloße demokratische Formen nicht ausgelöst werden konnte.

¹⁴ FLACSO: "Gobernabilidad en América Latina", Regionalbericht, Santiago de Chile, 2004.

Alberto VOLONTÉ¹⁵ weist zu Recht darauf hin, dass sich in den letzten Jahren die Bürger vor die Konflikte gestellt gesehen haben, die sich aus der Verdrängung des Wohlfahrtsstaates ergeben und im Wesentlichen vier Umbruchsituationen verursachen:

1. Ohnmacht oder Unwille der Lohnempfänger, die Kosten für Rentensysteme und Arbeitslosigkeit zu tragen.
2. Zusammenbruch des "Angleichungsfaktors Bildung": die Bildung ist keine Faktor der Chancengleichheit mehr, da sie an Qualität für die besonders schwachen Gruppen der Gesellschaft verloren hat.
3. Der Zusammenhalt der Familie als Zelle der kulturellen, sozialen, politischen und zivilen Entwicklung geht verloren.
4. Verlust der auf christlichen Traditionen basierenden moralischen Integrität, die die lateinamerikanischen Gesellschaften vormals kennzeichneten.

Die wichtigsten Folgen dieser Umbruchsituationen sind eine Verschärfung der Ungleichheit und eine vermehrte soziale Ausgrenzung, die dazu führt, dass Demokratie in der Vorstellung der Bevölkerung nicht mehr für Gleichheit steht. Gesellschaftliche Randgruppen sehen sich ihrer Rechte und Freiheiten beraubt und verlieren jede Hoffnung auf eine Veränderung ihrer Lage.

Der kulturelle, soziale, politische und wirtschaftliche Abbau, den der Umbruch mit sich bringt, bewirkt auch eine Abwertung der Institutionen und unterbricht den Aufbau bürgergesellschaftlicher Strukturen, der ansatzweise in den lateinamerikanischen Demokratien eingesetzt hatte.

Das Fehlen von Staatlichkeit und die Unterordnung unter eine rein vermögensbasierte und klientelistisch ausgerichtete Logik verhindern eine Demokratisierung und verstetigen Phänomene wie Korruption und verfehlte Ordnungspolitik.

Zu der Erweiterung der Bürgerrechte in einem ungünstigen internationalen Kontext kommt in einigen Ländern die Problematik, dass das staatliche Monopol der Legalität nicht im gesamten nationalen Territorium gleiche Geltung hat. Wie bereits angedeutet, bezeichnet Guillermo O'DONNELL¹⁶ diese Formen als "sich territorial auflösende Staaten und von Privatinteressen kolonisierte Bürokratien".

Angesichts der geschilderten Umbruchsituation, neuer Paradigmen und der immer größeren Kluft zwischen Markt, Nationalstaat und Bürger stehen wir vor der Herausforderung, neue Formen des Zusammenhalts zu finden.

Eine harmonische und rechtmäßige Beziehung zwischen diesen Faktoren hatte die virtuellen Voraussetzungen der Demokratie geschaffen. Heute sehen sie sich durch die Deterritorialisierung der Produktion und der Märkte sowie der beschränkten Macht der Nationalstaaten bedroht.¹⁷

Der Abbau der im Wohlfahrtsstaat errichteten Ausgleichsmechanismen, die wesentlich für die demokratische Entwicklung waren, und die Verbreitung von Ungleichheit und Ausgrenzung haben wesentlich dazu beigetragen, dass der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen zum Erliegen gekommen ist, da der *circulus virtuosus* Bürgerschaft - Demokratie - persönliche und soziale Entwicklung zusammengebrochen ist.

¹⁵ VOLONTÉ A: "Uruguay ante La elección presidencial" - Grupo Argenta - Buenos Aires, Argentinien, 2009.

¹⁶ O'DONNELL G.: "Notes on the State of Democracy in Latin America". UNDP, 2002.

¹⁷ FLEURY, S.: Integración, participación, distribución - CLAD, Madrid, 2004.

Das Marshall'sche Postulat¹⁸, das die Frage nach den bürgergesellschaftlichen Strukturen im Kapitalismus unter Berücksichtigung der Tatsache stellt, dass in einer Demokratie alle Mitglieder der politischen Gemeinschaft den gleichen Status haben, wohingegen der Kapitalismus auf der Differenzierung bzw. dem Unterschied durch Eigentum der Produktionsmittel basiert, scheint eine eher negative Antwort zu erfahren. Begründet liegt sie im sozialen Ungleichgewicht und in der Ausgrenzung, die von den Regeln des Marktes und einem tatenlosen Staat eher noch begünstigt werden.

In der Realität kommen die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der in den meisten Ländern der Region verfassungsmäßig verankerten sozialen Rechte in aller Härte zum Ausdruck.

Es wurde bereits ausgeführt, dass die sozialen Rechte ernsthafte Rückschläge erlitten haben. In einigen Fällen stellen sie für die gesellschaftlich ausgeschlossenen Gruppen keine reale Möglichkeit mehr da.

Die Bürgerrechte und die politischen Freiheiten sind nicht nur die wichtigsten Träger des Pluralismus, sondern schaffen auch die Bedingungen für die Wahl und die Kontrolle derjenigen, die die Staatsautorität ausüben sollen. Folglich sind die Bürgerrechte von strategischer Bedeutung für die Konsolidierung der Demokratie in der Region. Dabei wird Ungleichheit zur Ursache und Wirkung eines abwesenden Staates.

Die Situation verschärft sich noch mehr im Rahmen der internationalen Krise, die Ende 2008 zum Ausbruch gekommen ist. Bernardo KLIKSBERG¹⁹ weist in Bezug auf Folgen der Krise auf die schwere soziale Achillesferse der Region hin, die trotz der makroökonomischen Fortschritte unübersehbar ist. Die ausgeprägte Ungleichheit schlägt sich in den hohen Armutszahlen nieder. Hierzu ein Beispiel: Obwohl die Region ausreichend Lebensmittel produziert, um mehrmals ihre gesamte Bevölkerung zu ernähren, leiden 16% der Kinder an Unterernährung.

Als in den Jahren 2005 bis 2007, und zwar noch in Zeiten des Wirtschaftsbooms, die Preise der Lebensmittel anzogen, stieg die Zahl der unterernährten Menschen um sechs Millionen auf 51 Millionen an. Dabei ist in Lateinamerika nicht die Produktion das Problem sondern der Zugang zu Lebensmitteln. Die Krise erfordert maximale Aufmerksamkeit bei der sozialen Frage. Über ein Drittel der Bevölkerung lebt in Armut, und Lateinamerika ist der Kontinent mit der größten Ungleichheit.

Die Kombination von Krise und aufgezählten Problemen kann explosiv werden und die genannten Tendenzen weiter verstärken und damit schwerste Konfliktsituationen auslösen, wenn nicht die entsprechenden politischen Maßnahmen eingeleitet werden.

Die Weltbank schätzt die Anzahl neuer Armer in Lateinamerika in diesem Jahr auf sechs Millionen. Vielen kann aus der „Armutsfalle“, in der sie sich befinden, nur durch eine aggressive Politik der Armutsbekämpfung geholfen werden. Darin liegt auch die Notwendigkeit und die Dringlichkeit sozial ausgerichteter demokratischer Institutionen begründet, die in der Lage sind, wirkungsvoll Politik zu betreiben.

Die Beziehung zwischen den Institutionen der Demokratie und der Entwicklung des Menschen war zu allen Zeiten von zentraler Bedeutung. Die Folgen der Krise

¹⁸ MARSHALL, T.H.: *Cidadania, Classe Social e Status*, Zahar Eds., Rio de Janeiro, 1967.

¹⁹ KLIKSBERG B.: "La crisis económica en América Latina y el Caribe: alto riesgo social" - *Diario El País de España*, 24 de junio de 2009.

macht sie in ihrer Bedeutung noch dringender, soll verhindert werden, dass die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise letztendlich nicht die Regierungsfähigkeit und die demokratische Entwicklung in Mitleidenschaft ziehen.

Die Krise bietet aber auch den Eliten in der Gesellschaft (und zwar nicht nur der politischen Führung) die Chance, Lösungen für inklusive und effiziente zivilgesellschaftliche Strukturen und Institutionen aufzuzeigen. Dadurch kann das überwiegend desolate Panorama der politischen Landschaft in Lateinamerika, in dem politische Beteiligung, Engagement, Dialog und nationaler Konsens Mangelware sind, verändert werden.

Damit es aber zu solchen Lösungen kommen kann, müssen diejenigen, die Führungsverantwortung tragen, einsichtig genug sein, um zu verstehen, dass die Komplexitäten des heutigen Bürgers keine autoritäre und ausgrenzende Führung mehr zulassen.

In der heutigen Demokratie kann keine Regierung, ganz gleich wie viel Macht sie auf sich vereint, auch nur die geringste Chance auf Erfolg haben, wenn sie nicht auf Überzeugungsarbeit setzt und einen Konsens sucht, der die sozialen, kulturellen und produktiven Ausdrucksformen des komplexen Interessengefüges des jeweiligen Landes einschließt.

Wer eine Politik durchsetzen will, die nur auf der Ausübung des Wählermandats basiert, ohne Berücksichtigung anderer Stimmen und ohne auf Dialog und Konsens zu setzen, wird letztlich die soziale Harmonie zerstören und Prozesse auslösen, die eher früher denn später zu schweren Rückschlägen in der demokratischen Entwicklung führen dürften.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen folgende Voraussetzungen erfordert:

- Abbau der Ausgrenzungsprozesse;
- Wiederaufbau von staatsbürgerlichen Werten, die sich in eine auf Gleichheit und Entwicklung des Menschen ausgerichtete Demokratie niederschlagen;
- Eine auf Überzeugungsarbeit und der Suche nach Konsens begründete Führung des demokratischen Prozesses;
- Konsolidierung eines starken politischen Systems mit Parteien und Politikern, die eine demokratische Vorbildfunktion erfüllen;
- Wiederherstellung eines Bildungswesens, das vor allem die Chancengleichheit von benachteiligten Gruppen der Gesellschaft durchsetzt;
- Einsatz von Technologie zur Konsolidierung eines neuen pluralistischen gesellschaftlichen Gefüges;
- Aufbau neuer Beteiligungsformen, die die Staatsführung und ihre Weisungen bei der täglichen Ausübung der Regierungsgeschäfte legitimieren.

Die Umsetzung der aufgezeigten Aktionslinien stellt eine enorme Herausforderung dar, ebnet aber auch den Weg für eine integrative Entwicklung der jungen lateinamerikanischen Demokratie.

ANMERKUNGEN UND REFERENZEN

-
- i Länder ohne Berichtungsfaktor, da Wahlpflicht besteht und ein Verstoß entsprechend abgestraft wird: Chile, Ecuador, Peru und Uruguay. Länder mit einer Berichtung um 10%, da zwar Wahlpflicht besteht, aber keine Strafmaßnahmen ergriffen werden: Argentinien, Paraguay, Brasilien, Bolivien, Venezuela, Panama, Costa Rica, El Salvador, Honduras, Guatemala, Mexiko, Dominikanische Republik. Länder mit Berichtungsfaktor 50%, da keine Wahlpflicht besteht: Kolumbien. Nicaragua ohne Berichtungsfaktor, da der Idealwert erreicht wurde.
- ii Quelle: Eigene Zusammenstellung aufgrund von Angaben der Wahlgerichte in Paraguay und der Dominikanischen Republik.
- iii Quelle: Bericht über politische Rechte 2009 der Forschungseinrichtung Freedom House.
- iv Quelle: Index Bürgerfreiheiten 2009 der Forschungseinrichtung Freedom House.
- v Quelle: Eigene Zusammenstellung aufgrund von Angaben der Interparlamentarischen Union, der Präsidentsämter und der Obersten Gerichtshöfe der untersuchten Länder.
- vi Quelle: Statistische Angabe über Kriminalität in den einzelnen Ländern. Basisjahr 2007/8
- vii In die Bewertung der Jahre 2002 und 2003 nicht eingeschlossenes Land
- viii Quelle: Corruption Perceptions Index von Transparency International 2008
- ix Quelle: Eigene Zusammenstellung aufgrund von Angaben der Parlamente der untersuchten Länder
- x Zusammensetzung der Legislativen der untersuchten Länder: Abgeordnetenkammer Argentiniens: A.R.I. AUTONOMO 8+. BUENOS AIRES PARA TODOS EN PROYECTO SUR. COALICION CIVICA - ARI - GEN - UPT. CONCERTACION ENTRERRIANA. RIO NEGRO DE LA CONCERTACION. BUENOS AIRES DE LA CONCERTACION. MENDOZA DE LA CONCERTACION. NEUQUEN DE LA CONCERTACION. DEMOCRATA DE MENDOZA. DIALOGO POR BUENOS AIRES. DIGNIDAD PERONISTA. ENCUENTRO POPULAR Y SOCIAL. FRENTE CIVICO POR SANTIAGO. FRENTE CIVICO Y SOCIAL DE CATAMARCA. FRENTE DE TODOS. FRENTE JUSTICIA UNION Y LIBERTAD. FRENTE PARA LA VICTORIA - PJ. FRENTE PRODUCCION Y TRABAJO. GUARDIA PERONISTA. JUSTICIALISTA NACIONAL. MEMORIA Y DEMOCRACIA. MOVIMIENTO INDEPENDIENTE. MOVIMIENTO POPULAR NEUQUINO. NACIONAL SINDICAL. PARTIDO LIBERAL DE CORRIENTES. PARTIDO NUEVO CONTRA LA CORRUPCION, POR LA HONESTIDAD Y LA TRANSPARENCIA. PARTIDO SOCIALISTA. CATAMARCA POR LA VERDAD. PRO. RECREAR PARA EL CRECIMIENTO. RENOVADOR DE SALTA. U.C.R. UNIDAD FEDERALISTA (Pa.U.Fe). UNION CELESTE Y BLANCA. Abgeordnetenkammer Boliviens: MNR 7; MAS 72; PODEMOS 43 und UN 8. Abgeordnetenkammer Brasiliens: D 33; EM 69; PCdoB 13; PDT 29; PHS 3; PMDB 108; PMN 5; PP 43; PPS 16; PR 48; PRB 4; PSB 33; PSC 12; PSDB 69; PSOL 3; PT 89; PTB 26; PTC 2; PTdoB 1; PV 14 Abgeordnetenkammer Kolumbiens: Partido Conservador 18. Cambio Radical 15 Alas Equipo Colombia 5. Colombia Democrática 3. Partido Liberal 17 Polo Democrático Alternativo 11. Convergencia Ciudadana 7 Colombia Viva 2. Movimiento Político Mira 2. Zusammensetzung der gesetzgebenden Versammlung Costa Ricas: Partido Accesibilidad Sin Exclusión 1; Partido Frente Amplio 1; Partido Liberación Nacional 25; Partido Acción Ciudadana 16; Movimiento Libertario 5; Partido Unidad Social Cristiana 5; Partido Restauración Nacional 1; Partido Unión Nacional 1. Abgeordnetenkammer Chiles: Partido Demócrata Cristiano DC 16 Partido Por la Democracia PPD 19 Partido Radical Socialdemócrata PRSD 7 Partido Renovación Nacional RN 20 Partido Socialista de Chile PS 15 Partido Unión Demócrata Independiente UDI 33 Diputados Independientes 10. Abgeordnetenkammer Ecuadors: Gemäß Übergangsregelung der Verfassungsgebenden Versammlung fungiert als Parlament der Ausschuss für Gesetzgebung und Kontrolle (Comisión Legislativa y de Fiscalización), der sich wie folgt zusammensetzt: Movimiento PAIS 46 asambleístas; PSP (Partido Sociedad Patriótica) 10; PK (Pachakutic) 3; PSC (Partido Social Cristiano) 3; PRIAN 4; ID 1; MPD 2; PRE 1; RED 2; ; UNO 1; MHN 1; ID-MPC 1; MCIFY 1. In El Salvador gewählte Abgeordnete: ARENA 34; FMNL 32; PCN 10; PDC 6; und CD 2. Abgeordnetenkammer Guatemalas: Unidad Nacional de la Esperanza (16) UNE - Gran Alianza Nacional 8 GANA - Partido Patriota 6 PP - Frente Republicano Guatemalteco 6 FRG - Encuentro por Guatemala 3 EG - 2 PU - 2 Centro de Acción Social CASA - Partido de Avanzada Nacional 1 PAN - 1 UCN - 1 URNG-MAIZ - Abgeordnetenkammer Honduras: P. Nacional 54. Partido Liberal 62. Democracia Cristiana 4. PINU 3. Unidad Democrática 5. Abgeordnetenkammer Mexikos: Partido Alianza Nacional 206; Partido Revolucionario Institucional 106; Partido Verde Ecologista de Mexiko 17; Partido de la Revolución Democrática 126; Partido del Trabajo 11; Partido Convergencia

17; Partido Alternativa 5; Partido Nueva Alianza 9 Sin partido 2. Abgeordneten-kammer Nicaraguas: Frente Sandinista de Liberación Nacional 38, Partido Liberal Constitucionalista 25, Alianza Nacional Nicaraguense 6; BDN 14; MRS 4, Independientes 4 und 1 Fraktionsloser. Gesetzgebende Versammlung Panamas: Partido Revolucionario Democrático 40; Arnulfista 16; Molirena 4; Solidaridad 9; Liberal Nacional 3, Partido Popular 1 y Cambio Democrático 3. Abgeordneten-kammer Paraguays: Asociacion Nacional Republicana Partido Colorado - ANR (30) Partido Liberal Radical Autentico - PLRA (29) Partido Patria Querida - PPQ (4) Partido Unión Nacional de Ciudadanos Eticos - PUNACE (15) Partido Democrático Progresista - PDP (1) Movimiento Popular Tekojoja - MPT (1) Abgeordneten-kammer Perus: Unión por el Perú 45; Partido Aprista Peruano 36; Unidad Nacional 17; Alianza por el Futuro 13; Frente de Centro 5; Peru Posible 2 y Restauración Nacional 2. Abgeordneten-kammer der Dominikanischen Republik: Partido de la Liberación Dominicana 96; Partido Revolucionario Dominicano 60; Partido Reformista Social Cristiano 22. Repräsentanten-kammer Uruguays: Encuentro Progresista - Frente Amplio- Nueva Mayoría 52; Partido Nacional 36; Partido Colorado 10 e Independientes 1. Nationalversammlung Venezuelas: PSUV 151; Movimiento V República 1; Partido Comunista de Venezuela 4; Podemos 6; PPT 5; UPPI-FIORP 1 y FPH 5.

- xi Quelle: Eigene Zusammenstellung aufgrund des Berichts 2009 von Amnesty International und Presseinformationen.
- xii Quelle: Eigene Angaben aufgrund von Presseinformationen.
- xiii Quelle: Eigene Zusammenstellung aufgrund von Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen der ausgewählten Länder.
- xiv Eigene Zusammenstellung aufgrund von Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen der ausgewählten Länder.
- xv Quelle: Eigene Zusammenstellung aufgrund von Gesetzesbestimmungen und von den Ombudsleuten der einzelnen Länder vermittelten Informationen.

CHILE: Das chilenische Kapitel des Ombudsmanns wurde 1985 von der Gruppe Verfassungsstudien (Gruppe der 24) gegründet. Das Gremium hatte den Auftrag, die Verfassungsgrundlagen für das demokratische System nach der Militärregierung zu gestalten. Darunter befand sich auch die Einrichtung der Stelle eines Ombudsmannes. In Anbetracht der Erfahrung anderer lateinamerikanischer Länder erschien es ratsam ein "Kapitel" einzurichten, dass sich ausschließlich mit der Vorbereitung und Förderung des chilenischen Ombudsmanns beschäftigen sollte. Hauptziel des Chilenischen Kapitels über den Ombudsmann ist die schnellstmögliche Einrichtung der Institution in Chile zur Vervollkommnung der Demokratie und Sicherstellung der Menschenrechte, der Bürgerrechte und des öffentlichen Interesses. Zu diesem Zweck nimmt das Gremium Aufgaben der Untersuchung, Förderung und Verbesserung der Institution wahr, arbeitet mit den Behörden zusammen und beteiligt sich an der gesetzgebenden Diskussion. Das Kapitel hält die Beteiligung der Bürger an der chilenischen Version des Ombudsmanns für wesentlich und fördert deswegen eine erhöhte Präsenz in seiner Mitte durch Aufnahme oder Zusammenarbeit mit Personen und Organisation der Zivilgesellschaft. IDD verleiht aufgrund dieser Voraussetzungen 2,5 Punkte und nicht 0 Punkte. Am 28. Mai 2007 hat das Chilenische Kapitel des Ombudsmanns, das die Einrichtung der Institution in Chile fordert, eine Pressekonferenz abgehalten. Darin schlagen die Abgeordneten dem Menschenrechtsausschuss der Abgeordneten-kammer, dem der Gesetzesentwurf vorliegt, und den Fraktionen der Concertación sowie Abgeordneten andere Fraktionen vor, einen formalen Antrag an die Regierung zu stellen, damit dem im Dezember 2003 vorgelegten Entwurf Dringlichkeit eingeräumt wird. Somit dürfte zum ersten Mal in einem Ausschuss im Detail ein Projekt dieser Art diskutiert werden, da frühere Entwürfe vor einem Beschluss des entsprechenden Ausschusses von der Regierung wieder zurückgezogen wurden. Die anwesenden Parlamentarier und der Vorsitz des Chilenischen Kapitels des Ombudsmann stimmten in ihrer Einschätzung der Lage dahingehend überein, dass die Fülle der Probleme, vor denen das Land steht in Bezug auf Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Transport, Gas- und Lichtversorgung, Umweltschutz sowie Durchsetzung der Grundrechte wie das Recht auf Wohnung und Gesundheit, die Einrichtung des Ombudsmannes dringend erforderlich macht. Dem Ombudsmann obliegt die Aufgabe, auf Beschwerden der Bürger einzugehen, sie über ihre Rechte zu informieren, die Bürgerrechte zu fördern und vor allem sich für die Rechte der sozial schwachen Gruppen einzusetzen.

DOMINIKANISCHE REPUBLIK: Die von Präsident Leonel Fernández eingebrachte Verfassungsreform schafft die Figur des Ombudsmannes, zu dessen Verantwortung der Schutz der Grundrechte der Bürger gehört. Im Titel IX der Textvorlage heißt es in Artikel 192, dass der Bürgerbeauftragte „eine in seinen Funktionen unabhängige Autorität ist, die über eine eigene Verwaltung und einen eigenen Haushalt verfügt“. Weiterhin heißt es, dass der Ombudsmann

keinem Staatsorgan Rechenschaft schuldig ist und sich ausschließlich gegenüber dem Mandat der Verfassung zu verantworten hat. Artikel 193 führt aus: „Wesentliches Ziel des Bürgerbeauftragten ist es, die Geltung der Grundrechte des Einzelnen und der verfassungsmäßigen kollektiven Rechten sicherzustellen, sollten diese durch Beamte oder Staatsorgane verletzt werden. Artikel 194 legt fest, dass der Ombudsmann und seine Mitarbeiter vom Senat der Republik auf die Dauer von sechs Jahren aus zwei von der Abgeordnetenversammlung eingereichten Vorschlagslisten ernannt werden und in ihren Ämtern verbleiben, bis sie ersetzt werden. „Die Abgeordnetenversammlung hat die Dreivorschläge innerhalb von 30 Tagen nach Annahme in der ordentlichen Sitzungsperiode der Kammer vorzulegen. Der Senat trifft seine Wahl innerhalb der darauffolgenden 30 Tage“, heißt es in dem Dokument weiter. Auch wenn die Einrichtung der Institution des Ombudsmannes 2001 beschlossen wurde, haben sich die zuständigen Instanzen noch nicht auf eine für diese Funktion geeignete Person einigen können. Es wurden bereits mehrere Dreivorschläge dem Nationalen Kongress vorgelegt.

URUGUAY: Mittels Dekret Nr. 30592 wurde der „DEFENSOR DEL VECINO“ von Montevideo eingerichtet. Dabei handelt es sich um eine von der Departementsregierung unabhängige Stelle, die über die Achtung der Menschenrechte innerhalb des Departements, die bessere Erledigung der Gemeindeleistungen, erhöhte Transparenz und Leistung bei der Geschäftstätigkeit des Departements zu wachen hat.

- xvi Quelle: Eigene Zusammenstellung aufgrund des Berichts über Pressefreiheit von Freedom House 2009; Jahresreport 2009 von Amnesty International und Bericht 2009 von Reportern ohne Grenzen. Berechnet wird die Anzahl der 2008 verschollenen oder gestorbenen Journalisten. Bei den Ländern, die keine Todesfälle aufweisen, werden als Grundlage die Aggressionen gegen Journalisten genommen und mit 0,5 Punkten gewertet. Haben sich im Laufe des Jahres mehr als 2 Aggressionstaten ereignet, so erhöht sich die Punktzahl auf 1.
- xvii ARGENTINIEN: Gegenwärtig liegen dem Parlament zwei Gesetzesentwürfe über Zugang zur Information vor (ein Entwurf wurde dem Senat und ein zweiter Entwurf der Abgeordnetenversammlung zugeleitet).

BOLIVIEN: Mechanismen direkter Demokratie: Am 2. Juli 2006 fand das Referendum zur regionalen Autonomie zusammen mit der Wahl der Verfassungsdelegierten statt. Zugang zu öffentlicher Information: das Recht ist in der Verfassung nicht verbrieft und auch in den jüngsten Reformen wurde dieses Recht nicht berücksichtigt. Damit verstrich ungenutzt eine weitere Gelegenheit auf Verfassungsebene ein für die Transparenz der Regierungsgeschäfte wesentliches Recht festzulegen. Auf Gesetzesebene ist es 2003 zu einigen Fortschritten gekommen, da der Kongress das „Gesetz über Transparenz“ verabschiedet hat, wie es im Bericht der Adin Juristenkommission heißt. Dennoch beanstandete der damalige Präsident Sánchez de Lozada die Norm, so dass ihre Verabschiedung immer noch aussteht. Positiv zu werten ist, dass der damalige Präsident Boliviens, Carlos Mesa, im Februar 2001 das Oberste Dekret Nr. 27329 über Transparenz und Zugang zu Regierungsinformation als Teil der Maßnahme zu einer erhöhten Legitimität der demokratischen Regierung nach der politischen Krise im Oktober des vergangenen Jahre verabschiedet hat. Datenschutz: Im Jahre 2004 ist die Klage auf Habeas Data in die Verfassung aufgenommen worden, die über ein Schnellverfahren eingelegt werden kann. Wahl der Richter des Obersten Gerichtshofes: Der bolivianische Kongress hat am 10. Juli 2007 vier Mitglieder des Obersten Gerichtshofes nach einem langen Auswahlprozess unter hunderten von Kandidaten, einschließlich Einberufung einer Volksabstimmung ernannt. Die Ernennung der Richter musste die Unterstützung von zwei Drittel der Parlamentarier haben. Die Kandidaten für die vakanten Richterstellen unterzogen sich sogar mündlich und schriftlich Angemessenheits- und Wissenstests. Auch die Bevölkerung nannte Kriterien, die an den Kongress auf der Grundlage von 10 Grundprinzipien von der Legislative für die Wahl der Richter aufgestellt wurden. Die neuen Mechanismen für die Wahl der Richter des Obersten Gerichtshofes gelten seit den neuesten Korruptionsfällen in der Justiz. Am 10. Mai 2007 hat das Verfassungsgericht 4 Richter des Obersten Gerichtshofes, die mittels eines Obersten Dekretes ernannt worden waren, abgesetzt.

BRASILIEN: Artikel 5, XXXIII der Bundesverfassung. Gesetz Nr. 8.159, vom 8. Januar 1991, der die nationale Politik in Bezug auf öffentliche und private Archive regelt. Artikel 16 des Gesetzes 8.666 aus dem Jahr 1993 legt Normen für Ausschreibungen und Verträge der öffentlichen Verwaltung fest. Ende April 2009 bringt die Regierung einen Gesetzesentwurf zur Regulierung des Zugangs zu öffentlicher Information in den Kongress ein.

KOLUMBIEN: Verabschiedet wurde das Gesetz 221/07 über Datenschutzrecht in Kolumbien. Dieses in Art. 15 der nationalen Verfassung verankerte Recht stellt sicher, dass persönliche Daten korrekt und unter Einhaltung bestimmter Prinzipien gehandhabt und verwaltet werden.

COSTA RICA: Datenschutz: Die Wahrung der Intimität wird in der traditionellen Form gewahrt, also indem sie unverbrüchlich mit dem Privateigentum in Verbindung gebracht wird. Diesbezüglich können als Beispiele Artikel 23, 24, 28, 29, 33, und 41 der Politische Verfassung angeführt werden; Artikel 12 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte; Artikel 5 der Amerikanischen Erklärung der Rechte und Pflichten des Menschen; und Art. 11 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention. Das Fehlen einer besonderen Gesetzgebung hat zu der Notwendigkeit geführt, über die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtes das Prinzip der informativen Selbstbestimmung zu regeln, als ein Recht das zwar dem Recht auf Intimität entspringt, von ihm aber unabhängig ist, berücksichtigt man, dass es nicht angemessen erscheint, persönliche Daten und ihre möglichen Implikationen mit einem Begriff von Privatrecht in Zusammenhang zu bringen, der eher mit materiellen beweglichen oder unbeweglichen Gütern assoziiert wird.

CHILE: Zugang zu öffentlicher Information: Das im Dezember 1999 veröffentlichte Gesetz Nr. 19.653, enthält eine Reihe von Bestimmungen über den öffentlichen Charakter der Verwaltungshandlungen des Staates und hat somit die Ley Orgánica Constitucional de Bases Generales de la Administración del Estado verändert. Das Gesetz legt fest, dass die Verwaltungshandlungen der Organe der Staatsverwaltung sowie die entsprechenden Dokumente, die ihnen zugrunde liegen oder die sie direkt und wesentlich ergänzen, öffentlich sind. Das Gesetz Nr. 19.880, das die Grundlagen für die Verwaltungsverfahren der Organe der Staatsverwaltung festlegt, wurde am 29. Mai 2003 veröffentlicht und ergänzt die oben angeführten Bestimmungen im Hinblick auf Öffentlichkeit und Transparenz bei der Abwicklung von Verwaltungshandlungen. Damit soll der Bürger in die Lage versetzt werden, zu wissen in welchem Stadium sich die Beschlüsse befinden, die im Rahmen des Verfahrens erlassen wurden, sowie das Ergebnis der Bearbeitung kennen. Festgelegt werden kurze Fristen und als allgemeine Regel die Untätigkeit der Verwaltung mit Fiktion der Antragsgenehmigung. 2005 wurden sehr wichtige normative Fortschritte erzielt. So wurde Artikel 8 der Verfassung um die Öffentlichkeit der Amtshandlungen erweitert und das Dekret Nr. 26 aufgehoben. Nach der Entscheidung des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte im Fall Claude Reyes und andere gegen den chilenischen Staat ging das Gesetzesverfahren zur Verabschiedung des Gesetzes über Zugang zu öffentlicher Information zügiger und auch unter größere Beteiligung voran. Am 19. September 2006 hatte der Interamerikanische Gerichtshof den Chilenischen Staat für schuldig erklärt, das Recht auf Gewissens- und Meinungsfreiheit, das das Recht auf Information mit einschließt, verletzt zu haben. Darauf hin wurde die gegenwärtige Präsidentin Chiles, Michelle Bachelet, zu einer der Hauptbefürworter des verabschiedeten Gesetzes. Die Präsidentin sah in dem Gesetz ein wesentliches Werkzeug zur Entwicklung der Demokratie. Mit der Veröffentlichung des Gesetzes über Zugang zu öffentlicher Information sind die Organe des chilenischen Staates verpflichtet über ihre Webseiten der Öffentlichkeit ständig Information über Aufbau des Staates sowie Befugnisse, Personal und Vergütungen, allgemeine Anschaffungen, Mitteltransfer an Private und Handlungen, die Dritte betreffen usw. zu informieren. Das Gesetz garantiert zudem das Recht auf Zugang zu staatlicher Information nach den Grundsätzen der maximalen Verbreitung, Zurverfügungstellung. Nichtdiskriminierung, und zwar kostenlos und zum geeigneten Zeitpunkt. Dabei können Beamte, die nicht den Bestimmungen genügen, zur Verantwortung gezogen und entsprechend bestraft werden. Zu diesem Zwecke richtet das Gesetz den Transparenzrat ein, der als autonome Behörde den Zugang zu öffentlicher Information fördert und die Einhaltung der Normen über Transparenz und Öffentlichkeit überwacht. Der Transparenzrat wird von einem Vorstand geleitet, der aus vier von dem Staatspräsidenten ernannten Räten besteht. Der Ernennung muss der Senat mit einer Zweidrittelmehrheit zustimmen. Die Amtszeit der Ratsmitglieder beträgt sechs Jahre. Wahl der Richter des Obersten Gerichtshofes: Der Oberste Gerichtshof ist die höchste Richterinstanz der chilenischen Judikative. Der Gerichtshof setzt sich aus 21 Mitgliedern zusammen, die aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden wählen, der dieses Amt 2 Jahre lang bekleidet. Die politische Verfassung des Landes bestimmt, dass die Richter des Obersten Gerichtshofes vom Staatspräsidenten mit Zustimmung des Senats ernannt werden. Ernannt werden die Richter auf der Grundlage einer Liste mit 5 Kandidaten, die von dem Obersten Gerichtshof selbst vorgeschlagen werden.

ECUADOR: Wahl der Richter des Obersten Gerichtshofes: Am 26. Oktober 2008 endete offiziell die Amtszeit des ausscheidenden Obersten Gerichtshofes. Lediglich ein Richter der 21 gelosten nahm seine Tätigkeit als oberster Richter wieder an. Ein Dringlichkeitsgesetz ist die Alternative zur Übergangsbesetzung des Obersten Gerichtshofes. Sollte das Parlament ein diesbezügliches Dringlichkeitsgesetz verabschieden, das die Exekutive dem Kongress zu unterbreiten hat und das ein oder zwei Artikel enthalten könnte, in denen die Amtszeit der Richter verlängert wird, sind ehemalige Richter des aufgelösten Obersten Gerichtshofes bereit, ih-

re Ämter wieder einzunehmen. So äußerte sich der ehemalige Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes, Roberto Gómez Mera, nachdem er seine Entscheidung bekräftigte, die von dem Nationalen Wahlrat Consejo Nacional Electoral (CNE) vorgenommene Auslosung als Mechanismus zur Besetzung des neuen Nationalen Gerichtshofes abzulehnen. Die Verlängerung würde so lange andauern, bis sich die neuen Institutionen der Judikative unter der neuen Verfassung gebildet haben. Mit dem Dringlichkeitsgesetz könnte die Führungslosigkeit der Justizinstanzen verhindert werden bis sich der Nationale Richterrat (CNJ) gebildet hat und unmittelbar die Richterstellen ausschreibt. Mechanismen der Direktdemokratie: Das Referendum vom 28. September 2008 ermöglichte die Verabschiedung der neuen Verfassung, die dem Entwurf von Präsident Correa entspricht. Zugang zu öffentlicher Information: Ley Orgánica de Transparencia y Acceso a la Información Pública Nro. 24 verabschiedet am 4.5.2004

EL SALVADOR: Der Oberste Gerichtshof besteht aus 15 Richtern, zu denen auch der Präsident gehört. Der Präsident nimmt auch den Vorsitz der Gerichtsbehörde und des Verfassungssenats ein. Die Richter werden von der Legislativen Versammlung für die Dauer von neun Jahren gewählt, sind wiederwählbar und werden jeweils zu einem Drittel alle drei Jahre erneuert. Das Wahlverfahren der Richter wurde mit der Unterzeichnung der Friedensverträge abgeändert. Das Verhandlungsteam legte die Einrichtung des Consejo Nacional de la Judicatura (CNJ) fest. Das Gremium kann 15 der 30 Kandidaten vorschlagen. Alle drei Jahre stellen sich Rechtsanwälte der Wahl, und die Mitglieder der CNJ treffen die Auswahl, um dann die Kandidaten dem Parlament vorzuschlagen. Die Abgeordneten wählen 5 Richter, darunter den Vorsitzenden des Verfassungssenats, der dem 15-köpfigen Richter-gremium vorsitzt. Jeder Richter wird auf 9 Jahre berufen und alle 3 Jahre werden 5 Richterstellen neu besetzt. In der Kritik steht die Corte wegen ihrer praktisch vollständigen Abhängigkeit von der Legislative, die die Richter ernennt. Bei jeder Richterwahl verhandeln die verschiedenen Parteien ihre Stimmen und machen aus der Wahl einen politischen Handel. Datenschutz (Hábeas Data): 2004 wurde zum ersten Mal der Datenschutz, auch informative Selbstbestimmung genannt, über eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes als Grundrecht aller Einwohner El Salvadors anerkannt. Die Anerkennung war das Ergebnis einer durch den Abgeordneten Boris Rubén Solórzano eingelegten Verfassungsbeschwerde gegen ein Unternehmen, das die Sammlung und Vermarktung von Kreditinformationen zum Gegenstand hatte (DICOM). Gegenwärtig kann die Figur des Habeas Data nur von dem Obersten Gerichtshof selbst analysiert werden, da es kein Sondergesetz gibt, das den Datenschutz in El Salvador regelt. Zugang zu Information: Neben Costa Rica ist El Salvador eines der Länder, die noch kein Gesetz über Zugang zu öffentlicher Information verabschiedet haben. Die Stiftung für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung Fundación Salvadoreña para el Desarrollo Económico y Social (FUSADES) hat einen Gesetzesentwurf über Transparenz und Zugang zu öffentlicher Information vorgelegt. Der Entwurf umfasst 113 Artikel, die alle bestrebt sind sämtliche staatliche Institutionen zu verpflichten, allen Bürgern öffentliche Information zu geben.

GUATEMALA: Zugang zur Information: Die Verfassung bestimmt in Art. 30 und 31: "Artikel 30. ÖFFENTLICHKEIT VON VERWALTUNGSHANDLUNGEN. Sämtliche Handlungen der Verwaltung sind öffentlicher Natur. Interessierte haben das Recht zu jeder Zeit Berichte, Kopien, Ausdrucke und Bestätigungen zu beantragen und zu erhalten. Ferner haben sie das Recht Akten einzusehen, sofern es sich nicht um militärische Angelegenheiten oder um diplomatische Angelegenheiten der nationalen Sicherheit oder um vertrauliche Informationen von Privatpersonen handelt". "Artikel 31. ZUGANG ZU ÖFFENTLICHEN ARCHIVEN UND REGISTER. Jedermann hat das Recht darauf zu erfahren, was über ihn in Archiven, Karteien oder sonstiger Form von öffentlichen Registern vorhanden ist und der Zweck, zu dem diese Information verwendet wird, so wie auf Richtigkeit, Berichtigung und Aktualisierung. Verboten sind Register und Archive über politische Mitgliedschaft mit Ausnahme der von den Wahlbehörden und den politischen Parteien geführten Registern". Seit wenigen Jahren liegen Arbeitsausschüssen des Kongresses eine Initiative zum Datenschutz vor, um den Bürgern das von der Verfassung verbriefte Recht auf Kenntnis von Verwaltungshandlungen zu garantieren, sowie bezüglich der Information, die über sie in öffentlichen Archiven und Registern vorhanden ist. Im Jahre 2008 wurde das Gesetz über Zugang zu öffentlicher Information verabschiedet.

HONDURAS: Zugang zu öffentlicher Information: Artikel 24 (Ziffer 5) und 35 der Ley de Municipalidades (Gemeindengesetz). Artikel 35 und 81 der Satzung des Rechnungshofes. Artikel 132 der Durchführungsbestimmung des Gesetzes über die Schaffung eines Obersten Rechnungshofes. Vertreter von 16 Sozialorganisationen in Honduras haben am 19. Oktober die sogenannte "Alianza 72" gegründet. Sie setzt sich für die Verabschiedung des Gesetzes über Zugang zu öffentlicher Information und Datenschutz als Mechanismus und ständigem Konsultationsmodus ein und ist bemüht, das Recht auf Information aller Bewohner des mittelamerikanischen Landes in die gesamte Gesellschaft zu tragen. Gesetz über Transparenz und Zu-

gang zu öffentlicher Information veröffentlicht am 30.01.2007. Hábeas Data (Datenschutz): Nach einem Jahr starker Polemik, unterschiedlicher Auslegungen und Konsultationen hat das Parlament einer Reform von Artikel 182 der Verfassung zugestimmt. Damit wurde der Datenschutz (Habeas Data) als neue Bürgergarantie eingerichtet. Die Ankündigung erfolgte über das Amtsblatt "La Gaceta" in seiner Ausgabe von Februar 2005 über den Ausschuss für Meinungsfreiheit. Ein Gesetzesentwurf über Zugang zu öffentlicher Information und Datenschutz im Kongress verfolgt das Ziel, beide Bürgerrechte zur Stärkung der demokratischen Regierungsfähigkeit einzusetzen, die in Honduras vor über zwei Jahrzehnten einsetzte. Ein Gesetzesentwurf über Transparenz und Datenschutz wurde abgelehnt. Das Parlament lehnte 2006 erneut einen Gesetzesentwurf über Zugang zu öffentlicher Information und Datenschutz in Honduras ab. Die Ablehnung ist auf den Einfluss der Kreise zurückzuführen, die die Straflosigkeit und die Praxis der Geheimhaltung in dem mittelamerikanischen Staat befürworten. Der Gesetzesentwurf über Transparenz der von der am 27. Januar gewählten Regierung Manuel Zelaya Rosales, mit dem die Bekämpfung der Korruption transparenter gestaltet werden sollte, konnte mit Ausnahme der Linkspartei Unificación Democrática (UD) nicht die Unterstützung des Parlaments gewinnen. Gründe hierfür waren mangelnde Information, fehlender Konsens aber vor allem Furcht davor, die Gruppen, die de facto die Macht im Staat haben, herauszufordern. Zelaya hatte in seinem Wahlkampf versprochen, er werde bei seinem Amtsantritt am 27. Januar im Nationalstadion das Gesetz über Transparenz und das Gesetz über Bürgerbeteiligung verabschieden. Letzteres gelang ihm auch, obwohl er bedeutende Veränderungen gegenüber seinem ursprünglichen Entwurf hinnehmen musste. Zelaya hatte nicht damit gerechnet, dass innerhalb der Fraktion seiner Partei, der Liberalen, die 63 Abgeordnete stellt, keine Einigkeit in Bezug auf das Gesetz bestand. Noch weniger Konsens konnte das Gesetz bei den übrigen Parteien erzielen, dem Partido Nacional, dem Partido de Innovación y Unidad (Pinu) und den Christdemokraten (DC). Lediglich die UD hatte signalisiert, das Gesetz verabschieden zu wollen. Zurzeit ist der Gesetzesentwurf über Transparenz an einen beratenden Ausschuss weitergeleitet worden, der sich aus zwei Abgeordneten der Oppositionspartei Partido Nacional, einem Abgeordneten der Regierungspartei Partido Liberal und einem Abgeordneten der Christdemokraten zusammensetzt. Seine Mitglieder gelten als sehr konservativ und vertreten nicht notwendigerweise immer politische Interessen. Ernennung der Richter des Obersten Gerichtshofes: Die jüngsten Verfassungsreformen legen die Zahl der Mitglieder des Obersten Gerichtshofes auf fünfzehn (15) Richter fest, die auf sieben (7) Jahre ab der entsprechenden eidesstattlichen Erklärung ernannt werden (2009).

NICARAGUA: Zugang zu öffentlicher Information: Verabschiedet wurde das Gesetz über Zugang zu öffentlicher Information, die vom Carter-Zentrum und der Weltbank gefördert wird. Die Durchführungsbestimmungen des Gesetzes wurden in La Gaceta (Offizielle Zeitung) vom 9. Januar 2008 veröffentlicht. Darin wird exakt das Verfahren vorgegeben, mit dem die Bürger Informationen bei den verschiedenen Institutionen des Staates erfragen können sowie bei den Privatunternehmen, die Vertragsnehmer öffentlicher Dienstleistungen sind. Wenn auch das erste Amtsjahr von Präsident Ortega sich dadurch auszeichnete, dass die Informationszurückhaltung weiterhin besteht und auch die Zentralisierung der öffentlichen Daten in der Regierung anhält, ist die Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen als wichtiger Fortschritt zu werten und lässt hoffen, dass in den kommenden Jahren der Zugang zu öffentlicher Information ein Recht für alle Menschen in Nicaragua wird und so zur Transparenz der Institutionen beiträgt. Der erste Text der Durchführungsbestimmungen war von der Fördergruppe Grupo Promotor (GP) des Zugangs zur öffentlichen Information in Nicaragua erarbeitet worden. Diese Gruppe setzt sich aus der Stiftung Violeta B. de Chamorro und anderen Organisationen der zivilen Gesellschaft zusammen. Die Inhalte waren von der Fördergruppe der Secretaría Privada para Políticas Nacionales de la Presidencia de la República im vergangenen August vorgelegt worden, also drei Monate nachdem das Parlament das Gesetz verabschiedet hatte. Das Inkrafttreten des Gesetzes und das Abfassen der Durchführungsbestimmungen durch die Exekutive sind wesentlich für die regionale Entwicklung des Zugangs zur öffentlichen Information. Nicaragua ist das zweite Land in Mittelamerika, das über ein Gesetz zur Regelung des Zugangs zu öffentlicher Information verfügt.

PANAMA: Wahl der Mitglieder des Obersten Gerichtshofes: Geregelt in der Politischen Verfassung von 1972 und durch die Änderungen von 1978 und 1983 und den Gesetzen Nr. 1 und Nr. 2 aus dem Jahre 1994 novelliert. Der Oberste Gerichtshof besteht aus 4 Senaten, die sich jeweils wie folgt zusammensetzen: 1. ERSTER ZIVILSENAT: 3 Richter 2. ZWEITER STRAFSENAT: 3 Richter, 3. DRITTER VERWALTUNGSENAT: 3 Richter, 4. VIERTER GEMEINSAMER SENAT: setzt sich aus den Vorsitzenden der übrigen drei Senate zusammen. Auswahlverfahren der Mitglieder: Der Kabinettsrat, der sich aus dem Staatspräsidenten, den stellvertretenden Präsidenten (nur Recht auf Anhörung, kein Stimmrecht) und den Staatsministern zusammensetzt, ernennt die Richter. Dieser Ernennung muss die Gesetzgebende Ver-

sammlung als weiteres Staatsorgan zustimmen. Zugang zu öffentlicher Information: Panama verfügt über ein solches Gesetz. Es handelt sich um das Gesetz Nr. 6, verabschiedet am 22.01.2002. Allerdings gibt es keine Instanz, die die Anwendung des Gesetzes überwacht. Die Durchführungsbestimmungen des Gesetzes haben seine Umsetzung zwei Jahre lang hinausgezögert (2002-2004). Der Staat fragte zunächst nach dem Interesse des Bürgers an der beantragten Information und evaluierte dann, ob dieses Interesse auch „legitim“ war. Zurzeit wird darum gekämpft, die Veröffentlichung von Information, die als relevant für die nationale Sicherheit bzw. für den Staat gilt oder privaten Charakter hat, für straffrei zu erklären (entpönalisieren).

PARAGUAY: Paraguay hat bis dato kein Gesetz über Zugang zur öffentlichen Information. Die Verfassung von 1992 allerdings anerkennt ausdrücklich dieses Recht (Art. 28). 2001 und 2006 wurde zweimal versucht, ein solches Gesetz zu verabschieden. Der letzte Versuch war das Ergebnis der zu diesem Thema geleisteten Arbeit von über 40 Organisationen der zivilen Gesellschaft.

PERU: Der Präsident der Republik ernennt die Richter des Obersten Gerichtshofes mit Zustimmung des Consejo Nacional de la Magistratura und nachträglicher Bestätigung durch den Senat.

DOMINIKANISCHE REPUBLIK: Zugang zu öffentlicher Information: Geregelt durch das Gesetz über freien Zugang zur Öffentlichen Information Nr. 200-04, verabschiedet am 13.7.2004. Das Gesetz muss noch verbreitet werden und die Beamten entsprechend weitergebildet werden, da bisher die Umsetzung noch relativ willkürlich ist. Präsident Leonel Fernández kündigte die Schaffung des Instituto Dominicano de Acceso a la Información Pública über eine Novellierung des Gesetzes an.

URUGUAY: Zugang zu öffentlicher Information: Das uruguayische Parlament verabschiedete am 8. Oktober 2008 das Gesetz über Zugang zur öffentlichen Information und Informationsschutz, das jetzt von der Exekutive verkündet werden muss. Das neue Gesetz, das ca. zwei Jahre im Parlament verhandelt worden ist, besteht aus sieben Kapiteln und 35 Artikeln und erlaubt jedem gerichtlich vorzugehen, sollte ihm der Zugang zu öffentlicher Information verweigert werden oder ihm keine Antwort in der vorgeschriebenen Frist von 20 Werktagen übermittelt worden sein (mit einer Verlängerung um weitere 20 Tage). Datenschutz: Uruguay ist das einzige MERCOSUR-Land, dessen Verfassung nicht ausdrücklich eine Garantie für den Datenschutz vorsieht. Zwar ist es nicht ausdrücklich verankert, doch hat das Institut ein mit der Verfassungsbeschwerde vergleichbares Fundament: es ergibt sich aus der logisch systematisch teleologischen Auslegung der Art. 7, 10, 28, 72 und 332. Am 24.09.04 wurden Normen zum Schutz von persönlichen Daten in Geschäftsberichten erlassen und der Datenschutz geregelt. Gesetz Nr. 17.838. Dem Parlament liegt ein Gesetzesentwurf über Datenschutz vor, das die Exekutive im September 2007 an das Parlament geschickt hat. Formal ist der Entwurf über den Senat in der ersten Oktobersitzung eingegangen. Über den Gesetzesentwurf wird zurzeit im Bildungs- und Kulturausschuss des Parlaments beraten.

VENEZUELA: Wahl der Mitglieder des Obersten Gerichtshofes: Die Ernennung der ordentlichen Mitglieder der Verfassungskammer wurde bislang über ein außerordentliches Verfahren vorgenommen, was nicht dem verfassungsmäßigen Verfahren entspricht. Bei diesem Verfahren wurde der zivilen Gesellschaft die aktive Mitwirkung verwehrt. Begünstigt wurden dadurch letztlich die das Amt provisorisch ausübenden Richter. Der Kongress versetzte der Unabhängigkeit der Justiz im Dezember 2004 einen schweren Schlag, als er den Obersten Gerichtshof mit 12 neuen Richtern ausstattete. Eine Mehrheit der Regierungskoalition, die von der Partei von Präsident Chavez beherrscht wird, ernannte die Richter, die die durch ein im Mai 2004 verabschiedetes Gesetz geschaffenen Stellen besetzen sollten. Das Gesetz hat die Anzahl der Mitglieder des Gerichtshofes von 20 auf 32 angehoben. Neben den 12 neuen Richterstellen wurden auch die in den letzten Monaten vakant gewordenen Stellen neu besetzt. Zusätzlich wurden 32 stellvertretende Richter ernannt. Die politische Besetzung des Obersten Gerichtshofes verschärfte den Schaden, den die Politik des Obersten Gerichtshofes selbst der Unabhängigkeit der Justiz zugefügt hatte. Der Oberste Gerichtshof, der die Verwaltungskontrolle über die Judikative ausübt, hatte in 80% aller Fälle, den Richterämtern keine Stabilität gewährt. Mechanismen direkter Demokratie: In Venezuela fand 2004 eine Volksabstimmung statt, die über die Amtskontinuität von Präsident Chavez entscheiden sollte. Chavez gewann die Abstimmung schließlich mit 58% der Stimmen. Zugang zur öffentlichen Information: In Venezuela gibt es kein Gesetz, das das Recht auf Zugang zu öffentlicher Information regelt, was die rigorose Antwort auf die gestellten Anträge erschwert. Das Recht ist allerdings in der Verfassung verbrieft. Artikel 28 legt fest, dass „Jedermann Recht auf Information hat und auf Angaben zur seiner Person oder seinem Vermögen in öffentlichen oder privaten Registern“. In Artikel 143 heißt es ferner, dass alle Bürger „das Recht darauf haben, zum angemessenen

-
- Zeitpunkt und wahrheitsgemäß von der öffentlichen Verwaltung informiert zu werden und Zugang zu den Verwaltungsarchiven und Registern gemäß Gesetz über Klassifizierung von Dokumenten vertraulich oder geheimen Inhalts haben. Auch das Verwaltungsverfahrensgesetz Ley Orgánica de Procedimientos Administrativos (LOPA) nimmt Bezug auf das Recht auf Zugang zu öffentlicher Information. In Artikel 2 heißt es: „Jede interessierte Person kann sich selbst oder über einen Vertreter an Instanzen jeder Verwaltungsbehörde, jedes Amtes oder jeder Stelle wenden oder bei diesen Instanzen Anträge stellen. Die entsprechende Stelle hat die an sie herangetragenen Anträge zu beantworten oder gegebenenfalls die Gründe anzugeben, warum sie dem Antrag nicht stattgibt“. Datenschutz: Venezuela ist das letzte der lateinamerikanischen Länder, das den Datenschutz verankert hat. Ohne es als solches auszuweisen, greift Art. 28 der Bolivarianischen Verfassung das gesamte juristische Erbe der übrigen Staaten mit Erfahrung auf diesem Gebiet auf und geht weiter als diese in Bezug auf Schutz der Privatsphäre der individuellen Information.
- xviii Quellen: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage der Gesetze und Verfassungen der untersuchten Länder und Presseinformationen,
- xix In der Bewertung der Jahre 2002 und 2003 nicht berücksichtigtes Land.
- xx Quelle: Organización Panamericana de la Salud, Unidad de Análisis de Salud y Estadísticas. Iniciativa Regional de Datos Básicos en Salud; Sistema de Información Técnica en Salud. Washington DC, 2007.
- xxi Quelle: CEPAL, División de Desarrollo Social, base de datos sobre gasto social. Panorama social de América Latina 2008.
- xxii Quelle: Organización Panamericana de la Salud, Unidad de Análisis de Salud y Estadísticas. Iniciativa Regional de Datos Básicos en Salud; Sistema de Información Técnica en Salud. Washington DC, 2007.
- xxiii Quelle: Panorama Social de América Latina 2008- CEPAL auf der Grundlage besonderer Tabellen zu den Haushaltsumfragen der einzelnen Länder.
- xxiv Quelle: Instituto de Estadística de la UNESCO-Datos 2008.
- xxv Ebenda 27.
- xxvi In die Bewertung der Jahre 2002 y 2003 nicht eingeschlossenes Land.
- xxvii Quelle: Economic Opportunity & Prosperity, The 2009 Index of Economic Freedom der Heritage Foundation. Der Index Wirtschaftsfreiheit 2009 bewertet 157 Länder im Hinblick auf 10 freiheitsspezifische Faktoren, die weiter unter aufgeführt werden. In Kapitel 3 werden diese Faktoren detailliert erklärt. Je mehr sich die Punktzahl an 100 annähert, desto größer ist der Freiheitsgrad. Je höher die Punktzahl bei einem bestimmten Faktor ist, desto geringer ist der Staatsinterventionismus. Die neue Methode verwendet eine Skala von 0 bis 100 statt der in früheren Jahren verwendeten Kategorien von 1 bis 5 zur Bewertung der 10 Bestandteile der Wirtschaftsfreiheit. Dadurch sind die neuen Wertungen vollständiger und demzufolge auch präziser. Neu hinzugekommen ist der Faktor Arbeitsfreiheit und im Faktor Handelsfreiheit wird der Unternehmergeist betont. Beide neuen Kategorien basieren auf Angaben, die erst in jüngster Zeit von der Weltbank zur Verfügung gestellt worden sind. Diese Detailliertheit begünstigt einige Länder und bestraft andere, so dass die Leser dramatische Veränderungen in den Einstufungen feststellen werden. Das Verfahren ist von einem neuen akademischen Rat untersucht worden und sollte jetzt besser die Einzelheiten der Wirtschaftspolitik im jeweiligen Land widerspiegeln. Um die Entwicklung der Länder in den letzten Jahren vergleichbar zu machen, wurden die Punktzahlen und Einstufungen der vorangegangenen Jahre seit 1995 angepasst, um der neuen Methode gerecht zu werden.
- xxviii Quelle: World Economic Outlook Database des IWF, April 2009.
- xxix Quelle: Panorama Social de América Latina 2008. CEPAL.
- xxx Quelle: Anuario estadístico de América Latina y el Caribe, 2008. Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) (a) Beinhaltet die öffentliche und private Außenschuld. Beinhaltet auch die mit dem Internationalen Währungsfonds eingegangene Verschuldung. (b) öffentliche Außenschuld.
- xxxi Quelle: (5) Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage von Angaben der UNO-Wirtschaftskommission CEPAL, Anuario estadístico de América Latina y el Caribe, 2008 auf der Grundlage offizieller in Dollar zu konstanten Preisen umgerechneten Zahlen von 2000 und Angaben zum BIP zu laufenden Preisen des Jahres 2006.